

UNI



LEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Fleischeslust: 35 000 Kühe reichen für die ganze Welt. Seite 4



SGB-Präsident **Pierre-Yves Maillard** über das Rahmenabkommen, den Klimastreik und die Altersvorsorge

«Nationalbank-Milliarden für die AHV»

Das grosse Interview.
Seiten 10–11

Mickrig-Renten für Frauen

So gross ist das Elend: Die schockierenden Zahlen. Seite 5

Die Rebellin von der Kita

Jasmin Gasser will mehr Lohn und mehr Respekt für Kita-Mitarbeitende. Seite 18



MS Direct: Die Schimmelbude

Gruusige Zustände und miese Löhne im Callcenter. Seite 9

St. Galler Bau-Gauner

Der Fall Bächtold: Reihenweise Pleiten, Lohnraub, Dumping-Löhne. Die grosse Recherche. Seiten 3–4



workedito
Marie-Josée Kuhn

WENN MAUERN FALLEN

Selbst Max Frisch hatten die Schlapphüte von der Schnüffelpolizei im Visier. Überwachen den Schriftsteller und notieren fleissig: wohin er reist, mit wem er verkehrt, was er unterschreibt und: dass sich seine Tochter «im Kreise der Progressiven Mittelschüler CH» tummelt. Selbst im grossen Frisch, diesem Patrioten und Demokraten, sieht der Schweizer Staats-

Manchmal springt die Geschichte aus den Gleisen.

schutz einen Staatsfeind. Es herrscht der Kalte Krieg. Und ätzender Antikommunismus. Auf dem rechten Auge blind, fichieren die Schnüffler blindwütig vor allem Linke, Gewerkschafterinnen, Journalisten, soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Ein Drittel aller in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind erfasst, als der Fichenskandal 1989 auffliegt. Eine parlamentarische Untersuchungskommission war bei ihrer Arbeit auf ein bisher geheimes politisches Überwachungssystem bei der Bundesanwaltschaft gestossen. Diese hat Fichen von 900 000 Menschen angelegt. Die Schweiz erbebt im Schock. Und der 78jährige Frisch ist so was von stinksauer.

1989. Mit Schere und Leim macht er sich mehr als ein Jahr danach über seine Staatsschutzakte her. Zerschneidet dieses «Dokument der Ignoranz, der Borniertheit, der Provinzialität», klebt die Schnipsel auf ein neues Blatt und kommentiert sie hämisch bis harsch. Mit diesem «verluderten» Überwachungsstaat verbinde ihn nichts mehr ausser dem Reisepass «den er nicht mehr brauchen werde», tippt er wütend in die Tasten. Drei Wochen später ist er tot. Nur knapp hat er noch den Berliner Mauerfall erlebt. Und gesehen, wie danach auch in der Schweiz Mauern fallen. Kopp-Affäre, Fichenskandal und Armeeabschaffungs-Initiative: Wow, all diese politischen Erdbeben in einem Jahr! Historiker Hans Ulrich Jost analysiert in seinem Essay: «1989 verlor die Schweiz ihre Unschuld» (Seite 7). Und ihre mühsam gebastelten Mythen. Nichts mehr und nichts weniger kann manchmal passieren.

1789. Und die Moral daraus? Nichts ist fest, nichts ist für immer. Plötzlich springt die Geschichte aus den Gleisen. Und die Mauern fallen. Oder wie es work-Autor Jean Ziegler zu sagen pflegt, wenn ihn seine Gegner wieder mal als Revolutionsromantiker verlachen: «Denken Sie wirklich, man hat am Tag vor dem Sturm auf die Pariser Bastille gewusst, dass morgen die Französische Revolution ausbricht?»

Bundesratspoker nach dem Wahlsieg der Grünen Gute Gründe gegen Cassis

Es gibt viele Gründe, Ignazio Cassis (FDP) aus dem Bundesrat abzuwählen. Der grüne Anspruch ist nur einer davon.

CLEMENS STUDER

Die Bundesversammlung wählte Ignazio Cassis am 20. September 2017 in die Landesregierung. Am 1. November 2017 trat der ehemalige Tessiner Kantonsarzt das Amt an. Zu verdanken hat Cassis seine

Cassis hat alle Erwartungen der harten Rechten erfüllt.

Wahl der SVP. Dafür hat er im Vorfeld alles gemacht. Zum Beispiel hat er seinen italienischen Pass abgegeben. Oder er ist 9 Tage vor der Wahl in die Waffenlobby Pro Tell eingetreten. Und seither hat Cassis alle Erwartungen der harten Rechten erfüllt und alle Befürchtungen der fortschrittlichen Kräfte bestätigt. Der FDPler ist realpolitisch der dritte SVPler im Bundesrat – und versteht Aussenpolitik ausschliesslich als Exportförderung. Cassis setzt um, was die Rechten seit Jahren fordern. Fünf Beispiele von unzähligen.

● **Beispiel 1:** Cassis schildert die brave und kompetente Bürokratie des Aussendepartements EDA immer wieder als Hort linker Umtriebe. Und hat im Februar 2018 die fähige Staatssekretärin Pascale Baeriswyl kaltgestellt. Die SP-Frau war bis dahin für die EU-Verhandlungen zuständig – und ein Hassobjekt der SVP.

● **Beispiel 2:** Über den Umweg Rahmenabkommen wollte Cassis die flankierenden Massnahmen schwächen und den Schweizer Lohnschutz schleifen. Ganz so, wie es die SVP verlangt. Der energische Widerstand der Gewerkschaften hat den Plan durchkreuzt.

● **Beispiel 3:** Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore gehört weltweit zu den übelbeleumdetsten Konzernen. Cassis macht sich zum Maskottchen des Multis und rühmte ihn nach dem Besuch einer umweltverseuchenden Kupfermine in Sambia öffentlich.

● **Beispiel 4:** Cassis-Vorgänger Didier Burkhalter (FDP) hat sich immer erfolgreich dagegen gewehrt, wenn die SVP-Bundesräte und der ehemalige FDP-Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann die Waffenexporte erleichtern wollten. Mit Cassis ging's dann plötzlich schnell: Selbst in Bürgerkriegsländer sollten Waffen geliefert werden können. Nach einem öffentlichen Aufschrei bis



BUNDESRAT IGNAZIO CASSIS: Unter rechtem Strom. FOTO: KEYSTONE

weit in die Mitte und einer in Rekordzeit zustande gekommenen Volksinitiative liegt das Geschäft jetzt auf Eis.

● **Beispiel 5:** Cassis holte mit Christian Frutiger einen Kadermann des Nahrungsmittelmultis Nestlé in die Chefetage der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza, siehe Kolumne von Jean Ziegler, Seite 7). Nestlé

ist weltweit berüchtigt. Unter anderem als Wasserräuberin in den Ländern des globalen Südens. Oder im französischen Vittel. Und setzt Spitzel auf Umweltschützer und Menschenrechtlerinnen an.

Es gibt viele Gründe, Ignazio Cassis (FDP) aus dem Bundesrat abzuwählen. Der grüne Anspruch ist nur einer davon.

BUNDESRATS-WÄHLEN

DER REIHE NACH

Die Bundesrätinnen und Bundesräte werden in der Reihenfolge ihres Amtsalters von der Vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) wiedergewählt. Die Reihenfolge am 11. Dezember heisst Ueli Maurer (SVP), Simonetta Sommaruga (SP), Alain Berset (SP), Guy Parmelin (SVP) Ignazio Cassis (FDP), Viola Amherd (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP). Das bedeutet: Unterstützt die CVP den Ersatz von Ignazio Cassis durch eine oder einen Grünen, droht ihr eine Retourkutsche von rechts später bei der Wiederwahl von Viola Amherd. Zum Beispiel der Versuch, den abgewählten Cassis an der Stelle von Amherd wieder reinzuwählen.

VERTRAUEN. Wie erfolgversprechend ein Angriff auf den Sitz von Cassis ist, hängt nicht zuletzt davon ab, wie sehr sich die einzelnen Akteurinnen und Akteure vertrauen. Und vom Ausgang der noch ausstehenden 2. Ständeratswahlgänge. Erst dann stehen die definitiven Fraktionsgrössen fest.

Alternativen für Cassis: Raus oder ins VBS?

Auch wenn Cassis den 11. Dezember politisch überlebt: er ist als Aussenminister untragbar.

CLEMENS STUDER

Noch ist völlig unklar, ob Mitte-Links es schafft, Cassis durch eine rote Grüne zu ersetzen. Und ob die Fraktionen jenseits von SVP und FDP überhaupt den Mut zum Versuch dazu aufbringen. Doch selbst wenn Cassis in der Landesregierung bleiben

kann: als Aussenminister ist er nicht mehr länger tragbar. Im zentralen Europa-Dossier hat er jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Stichwort Rahmenabkommen-Flop. In der Schweiz und bei der EU.

KRANKEN-CASSIS. Doch wohin mit dem wendigen Tessiner? Eine Annäherung im Ausschlussverfahren:

Die beiden SVP-Bundesräte Ueli Maurer (Finanzen) und Guy Parmelin (Wirtschaft) haben kaum Wechselgelüste – und sind als Aussenminister im aktuellen Umfeld sowieso keine ernsthafte Option. Cassis macht ja seit Amtsantritt SVP-Aussenpolitik (siehe Artikel oben).

Alain Berset würde einen hervorragenden Aussenminister abgeben. Doch eine Rochade ist undenkbar. Denn Cassis war zuerst Vizepräsident der Ärztervereinigung FMH, um dann zur Krankenkassenlobby zu wechseln. Die bezahlt halt besser. Alleine für das Präsidium von Curafutura, dem Verband der vier grössten Krankenkassen, kassierte er

180 000 Franken im Jahr. Für einen Nebenjob! Und war im Politbetrieb als «Kranken-Cassis» berüchtigt. Abgesehen davon wäre die SP kaum begeistert, mit dem EDI ein

Im Europa-Dossier hat Cassis jegliche Glaubwürdigkeit verspielt.

Schlüsseldepartement abzugeben, in dem in der nächsten Zeit für Lohnabhängige elementare Geschäfte anstehen (unter anderem BVG-Revision, AHV-Revision, Überbrückungsrente für ausgesteuerte ältere Arbeitnehmende).

NATIONALLIGA B. Die Bundesrätinnen Karin Keller-Sutter (FDP, Justiz) und Simonetta Sommaruga (SP, Umwelt und Verkehr) sind erst kurz in ihren neuen Departementen und machen gute Jobs. Und haben beide noch einiges vor.

Bleibt also nur das VBS. Dort hat CVP-Frau Viola Amherd zwar gerade zum ersten Mal seit seinem Bestehen ein bisschen frischen Wind reingebracht. Doch warum sollte eine fähige Bundesrätin in der «Nationalliga B» (Ex-VBS-Chef Adolf Ogi) bleiben?



BUNDESRATS-STUBE: Bleibt Cassis, oder muss er gehn? FOTO: KEY



DANIEL BÄCHTOLD: Der Bauunternehmer umgibt sich mit Luxuskarossen und viel Pomp, finanziert durch dubiose Geschäfte – auf Kosten der Büezer. MONTAGE: NINOTCHKA.CH

Wirre Kampfansage gegen die Unia hat fatale Folgen: Ein Big Boss fliegt auf

Erst gab's keine Löhne mehr, dann kündigte die SRI Baumanagement AG der ganzen Belegschaft. Der Verantwortliche führt ein Leben in Saus und Braus. Und versteckt sich hinter einem höchst obskuren Firmengeflecht.

JONAS KOMPOSCH

Es war ein sehr sonderbares Mail, das am 9. Oktober bei der Unia-Zentrale in Bern eintraf. Da war die Rede vom St. Galler Unia-Sekretär Lukas Auer, der angeblich in «feindlicher» Art und mit «auffälliger Ausdrucksweise» eine Gruppe «Querulanten aufhetzen» wolle. Und zwar gegen einen namentlich nicht erwähnten Aktionär der SRI Baumanagement AG. Gegen ihn habe Auer nicht nur eine mediale Hetzkampagne geplant, sondern auch einen «Aufmarsch mit Kameras und Schildern», direkt vor seinem Haus.

Was ist los im wilden Osten? Der Unia-Bausektor klärte sofort ab. Und kam zum Fazit: Nichts von dem stimmte. Doch das Interesse war geweckt. Umso mehr, weil das Mail mit einem dreisten Ultimatum endete: Die angebliche Kampagne sei «sofort zu stoppen». Und falls die Gewerkschaftszentrale dies nicht bis 14 Uhr bestätige, werde die Polizei gerufen. So polterte ein bis dato unbekannter Thurgauer Treuhänder, der einen heiklen Auftrag gefasst hatte.

HINTERHÄLTIGES GESCHÄFTSMODELL

Der Treuhänder bereitet nämlich die Nachlassung für die SRI vor. Eine Firma, die noch bis vor einem Jahr gutes Geld mit Renovationen und Totalsanierungen verdient und schweizweit rund 30 Mitarbeitende beschäftigt hatte. Doch am 27. August wandte sich die Geschäftsleitung per Mail an die Mitarbeitenden: Man müsse die Firma leider «herunterfahren» und sich von den «geschätzten» Angestellten «trennen». Von heute auf morgen war die gesamte Belegschaft arbeitslos. Ausserdem sahen sich die Geschassten um mehrere Monatslöhne geprellt. Das liessen sie sich nicht bieten, sondern kontaktierten Unia-Mann Auer und seine Kollegin Danijela Basic. Die Gewerkschaft ermittelte. Und nach und nach flog ein höchst obskures Firmengeflecht auf.

Die SRI ist nämlich nur auf dem Papier ein eigenständiges Unternehmen. In Tat und Wahrheit ist es Teil eines grossen und intransparenten Konglomerats, das seit Jahrzehnten mit dubiosen Immobiliengeschäften Millionen scheffelt. Lohnraub

ist dabei fester Bestandteil des Geschäftsmodells. Im November 2018 etwa begaunerte ein Subunternehmer der SRI rund 30 rumänische Vertragsarbeiter um ihre (Dumping-)Löhne. Zur gleichen Zeit warf die SRI 9 tschechische Bauarbeiter raus und sackte neben Spesen und Guthaben auch ihre Löhne ein (siehe Seite 4). Die Unia intervenierte in beiden Fällen. Mit raschen und regelmässigen Verschiebungen der Firmensitze und Änderungen der Firmennamen entgingen die Drahtzieher aber bislang einer allfälligen Strafverfolgung.

DER DRAHTZIEHER

Trotz diesem Versteckspiel ist eines unübersehbar: Zentrale Figur ist stets Daniel Bächtold, jener Aktionär, der offenbar einen Aufmarsch vor seinem Haus fürchtet. Als Immobilienspekulant und Bauhai hat es Bächtold schon mehrfach zu zweifelhafter Berühmtheit gebracht (siehe Spalte rechts). Und auch heute noch erfüllt er sämtliche Stereotype eines im Zwielflicht stehenden Immo-Tycoons: «D.B.», so heisst Bächtold bei seinen Mitarbeitenden, wohnt in einer grossen Villa mit Pool im St. Galler Rheintal, fährt Luxuskarossen wie den Porsche Panamera oder den Tesla Model S. Und wenn er genug hat vom Sanktgallischen, fliegt er mit seiner gerade aktuellen Liaison einfach davon. Aber nicht ab Klotten, sondern vom Flughafen Altenrhein aus, im Privatjet. Dann geht's zur High Society nach St-Tropez. Oder nach Ibiza, wo seine Jacht auf ihn wartet.

Als work Bächtold am Telefon erwischt und fragt, ob er bei diesem Leben in Saus und Braus nicht auch seine Mitarbeitenden bezahlen wolle, kommt die Antwort wie aus der Pistole geschossen: «Ich bin nur Aktionär!» Mehr wollte Bächtold am Telefon nicht sagen. Das ist verhängnisvoll. Denn work liegen Dutzende Mails vor, in denen der Aktionär verschiedenen SRI-Mitarbeitenden Befehle erteilt und als autoritärer Chef auftritt. Ebenso ist work in Besitz eines internen Organigramms der Schweizer Rendite Immobilien AG. Das ist jene Gesellschaft, bei der sämtliche Fäden von Bächtolds Immobiliengeschäften zusammenlaufen. Dabei sind Verwaltung, Bau, Personal oder Finanzen jeweils als einzelne Firmen getarnt. Das Organigramm stammt vom Oktober 2018 und gibt Bächtold eindeutig als Verantwortlichen für die SRI Baumanagement AG aus. Diese Funktion bestätigen mehrere ehemalige und teils langjährige SRI-Mitarbeitende.

SVP-CEO KRIEGT KALTE FÜSSE

Auch Bill B. Mistura hätte das bestätigen können. Als damaliger CEO der Schweizer Rendite Immo-

bilien AG hatte er das besagte Organigramm verschickt und kommentiert. Doch Mistura schweigt wie ein Grab. Dabei erwies er Bächtold einen fundamentalen Dienst: Als ehemaliger VR-Vizepräsident des FC St. Gallen, einstiger Geschäftsführer des HC Davos sowie als amtierender SVP-Gemeindeparlamentarier von Arbon TG sollte Mistura Bächtolds Krisenunternehmen Seriosität verleihen. Und die Banken von der Kreditwürdigkeit der Schweizer Rendite Immobilien AG überzeugen. Verschiedene Entlassene der SRI bestätigen das. Doch just als die Unia diversen Betrügereien der SRI auf die Schliche kam, verliess Mistura das sinkende Schiff und trat als CEO der Muttergesellschaft zurück.

Einig sind sich die SRI-Entlassenen auch über die Rolle Bächtolds: «Ohne sein Okay ging nichts», sagt etwa ein Bauleiter. Und ein Projektleiter ergänzt: «Wenn er schlechte Laune hatte, warf er willkürlich Leute raus. Er war der Big Boss im Hintergrund.» Dass der Aktionär zugleich der Herr im Haus ist, zeigte sich schliesslich bei der Entlassung der Stammebelegschaft. In mehreren Fällen hatte diese Bächtold selbst ausgesprochen. Nahe liegend ist damit, dass es auch Bächtold ist, der die Verantwortung für die nicht gezahlten Löhne trägt. Wann aber der Rheintaler Immo-Hai und seine Komplizen zur Verantwortung gezogen wer-

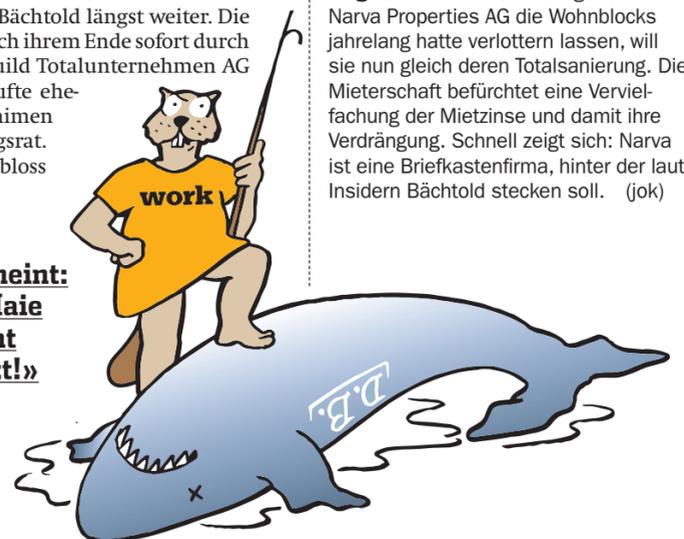
DUBIOSER BAU-BOSS

Lesen Sie mehr über die obskure Firma SRI auf Seite 4.

den und ob überhaupt, ist ungewiss. Zwar stehen verschiedene Schlichtungsverfahren zwischen Entlassenen und der SRI kurz bevor. Doch vor einer Behörde aufkreuzen wird kaum der Boss selbst, sondern bloss seine Strohmänner.

Derweil wurstelt Bächtold längst weiter. Die Funktion der SRI ist nach ihrem Ende sofort durch die neu gegründete Build Totalunternehmen AG ersetzt worden. Gekaufte ehemalige SRI-Arbeiter mimen darin den Verwaltungsrat. Und wieder ist «D.B.» bloss Aktionär.

Biberli meint: «Diese Haie sind nicht geschützt!»



SKANDALSERIE UM DANIEL BÄCHTOLD

NICHTS ALS SCHEREREIEN

1994 Konkurs von Bächtolds Firmenkonglomerat PD-Bau & Finanz AG. Rund 50 Millionen Franken werden in den Sand gesetzt. Konkursamt, Treuhänder und Gläubiger verzweifeln wegen undurchsichtiger Strukturen, häufiger Namenswechsel und Sitzänderungen der involvierten (Briefkasten-)Firmen.

2007 Ärger im Emmental. Bächtolds neue Immobilienfirma Palu Suisse AG kauft in Krauchthal BE einen denkmalgeschützten Landgasthof und will darin Wohnungen bauen. Die dort beheimateten Dorfvereine verlieren deshalb um ein Haar ihre Bleibe.

2009 Mieteraufstand in Berlin. Bächtolds Palu Suisse expandiert nach Deutschland und hamstert dort Tausende Wohnungen. Zumeist solche in heruntergekommenen DDR-Plattenbauten. Doch die Palu Suisse bleibt den Strom- und Wasserbetrieben über 100 000 Euro schuldig, weshalb diese nicht mehr liefern. Über hundert Berliner Mietparteien müssen mehrere Herbstwochen lang ohne Warmwasser und Heizung auskommen. Die Betroffenen demonstrieren vor Bächtolds noblem Büro am Potsdamer Platz und am Firmensitz in St. Gallen. Wieder verstecken sich die Miet-Heuschrecken hinter einem Firmenwirrarr. Vergebens: Bächtold wird später vorübergehend eingebuchtet.

2009 Immoskandal in Biel.

Mitten im Januar müssen 50 Mieter, zumeist Rentnerinnen und Rentner, tagelang ohne Heisswasser und Heizung aussharen. Eine 75jährige mit einem schweren Lungenleiden überlebt nur dank ihrem Elektro-Öfeli. Das Heizöl sei an die falsche Adresse geliefert worden, redet sich Palu Suisse gegenüber dem «Blick» heraus.

2012 Die St. Galler Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen über 220 Personen.

Grund: Immobilienspekulation. Mittendrin: die Palu Bau AG. Mehrere Wohnungskäufer waren auf ihre betrügerischen Geschäftspraktiken hereingefallen und versuchten in der Folge, überhöhte Hypothekarkredite zu erschleichen. Während mehrere Käufer verurteilt wurden, war den Palu-Mitarbeitern Gehilfenschaft zum Betrug nicht nachzuweisen.

2013 In Deutschland warnt die Schutzgemeinschaft für geschädigte Kapitalleger e. V. vor Bächtolds Palu Suisse AG und setzt sie auf die Beobachtungsliste.

Palu Suisse AG und setzt sie auf die Beobachtungsliste.

2013 Die Glarner Kantonalbank zieht gegen die Reloni Immobilien AG, die zuvor Palu Suisse hiess, vor Gericht.

Reloni ist der Bank 2,1 Millionen Franken schuldig geblieben.

2014 Eine Massenkündigung trifft ein ganzes Arbeiterquartier in Derendingen SO.

Nachdem die Eigentümerin Narva Properties AG die Wohnblocks jahrelang hatte verlottern lassen, will sie nun gleich deren Totalsanierung. Die Mieterschaft befürchtet eine Vervielfachung der Mietzinse und damit ihre Verdrängung. Schnell zeigt sich: Narva ist eine Briefkastenfirma, hinter der laut Insidern Bächtold stecken soll. (jok)

Die luschen Geschäfte der SRI hat Elektroinstallateur Marc Ladda (43) hautnah erlebt Baufortschritte vorgaukeln für Kredite

MARC LADDA «DAS TUT WEH»

Dem Elektroinstallateur Marc Ladda (43) schuldet die SRI ganze vier Monatslöhne. «Das tut richtig weh», sagt der Vater von fünf Kindern im Alter von 4 bis 10 Jahren. Erst vor kurzem hat Ladda wieder Arbeit gefunden. Seine Frau jobbt jetzt nebenbei in der Gastronomie. Doch davor habe seine Familie «richtig untendurch» müssen.

NOT. Ladda sagt: «Ohne Essenspakete von Hilfswerken hätte ich meine Familie nicht ernähren können.» Nach den Entlassungen bot Immo-Boss Daniel Bächtold allen Notleidenden ein zinsloses Darlehen an. Ein schlechter Witz für Familienvater Ladda, denn: «Sein Darlehen betrug gerade mal 100 Franken!» (jok)



MARC LADDA: Sein Ex-Chef schuldet dem fünffachen Familienvater drei Monatslöhne. FOTO: STEPHAN BOSCH

ImmobilienSchwindler Daniel Bächtold behauptet, er sei bei der Firma SRI Baumanagement AG «nur Aktionär». Doch Marc Ladda wurde von Bächtold höchstpersönlich und auf skurrilste Weise gefeuert.

JONAS KOMPOSCH

Die krummen Geschäfte des Immobilienunternehmers Daniel Bächtold haben Dutzende Angestellte der SRI Baumanagement AG den Job gekostet. Ohne Konkurs anzumelden, liess SRI-Hauptaktionär und De-Facto-Chef Bächtold die Firma im August «herunterfahren» und der ganzen Belegschaft kündigen (siehe Seite 3). Alle Entlassenen warten noch immer auf ausstehende Löhne. Einer von ihnen ist Elektroinstallateur Marc Ladda (43). Zweifel an der SRI kamen bei ihm erstmals im Sommer 2018 auf. Als plötzlich 30 Rumänen auf seiner Baustelle standen. Die SRI hatte sie über einen Subunternehmer angeheuert. Ladda: «Das waren zwar keine Bauleute, aber sie gaben alles, schufteten 10 bis 12 Stunden am Tag, sechsmal pro Woche.» Doch dann kam es zu Fehlplanungen und Baustops. Und zu Nervosität bei den Rumänen. «Ich ahnte, was los war», sagt Ladda. Also packte er sein bestes Englisch aus und bohrte bei seinen rumänischen Kollegen nach. Prompt fand Ladda heraus: Die Rumänen wurden nicht mehr bezahlt! Und schon zuvor erhielten sie nur auf dem Papier einen legalen Lohn gemäss Landesmantelvertrag. Ihr Chef, ein Geschäftspartner der SRI, hatte nämlich

ihre Bankkarten eingezogen und zweigte jeweils die Hälfte des überwiesenen Lohnes ab.

LUG UND TRUG

Wegen der Ausbeutung der Rumänen wurde im November 2018 das Arbeitsinspektorat aktiv. Sofort wechselte die SRI ihren Sitz von Herisau nach St. Gallen. Denn eine Kontrolle konnte die Firma gar nicht gebrauchen. Schliesslich flog der Laden gleichzeitig auch in der Westschweiz auseinander. In Biel hatte die SRI 9 tschechische Baubüezer zuerst nicht bezahlt und dann gefeuert. Doch die Unia intervenierte, und Bächtold und seine SRI wurden nervös.

In der Zwischenzeit half Ladda in St. Gallen den geprellten Rumänen. Er begleitete sie aufs Rathaus, damit sie sich korrekt anmelden konnten. Neu wurden die Rumänen nämlich direkt angestellt. Aber nicht über die SRI, sondern über die CPI Immobilien AG – ein weiteres Vehikel unter Bächtolds Kontrolle. Die CPI wurde ursprünglich als Unternehmen für Asbestkontrollen und -sanierungen gegründet. Der Trick dahinter: Im Fall von offensichtlich asbestverseuchten Liegenschaften sollten CPI-Angestellte einfach objektfremde Proben ins Labor schicken. So wird das kontaminierte Bauobjekt als unbedenklich eingestuft, und es entfällt eine fachmännische und teure As-

«Als wir protestierten, wechselte sofort der Firmensitz.»

MARC LADDA

bestsanierung. Das sagt Ex-SRI-Bauleiter Joeri Broothearts (43), der für Bächtold diesen Job hätte übernehmen sollen. Doch er lehnte ab. Dafür kam die CPI nun als Arbeitgeberin der Rumänen zum Einsatz. Doch im Februar 2019 sahen sich die Rumänen schon wieder um ihren Lohn betrogen. Dazu Ladda: «Ich nahm sie mit zur Unia, und wir legten Protest ein. Doch die CPI wechselte sofort ihren Firmensitz.»

BANKENSHOW

Seither ging es mit der SRI und den dazugehörigen Firmen immer steiler abwärts. Ab April 2019 erhielt auch Ladda seine Löhne immer zu spät, auf den Baustellen ging das Material aus, und volle Abfallmulden wurden nicht mehr abgeholt. Überall häufte die SRI Schulden an, und Ladda erhielt gar keinen Lohn mehr. Eine Notlösung musste her. So wurde der Elektroinstallateur für einen Spezialjob aufgeboten: «Ich musste zur Bankenshow.» Der Befehl: Sofort auf eine stillgelegte Baustelle nach Thun fahren. Überall Material verteilen und Maschinen aufstellen. Den angekündigten Inspektoren der Bank Baufortschritte vorgaukeln, damit neue Kredite fliessen. Geholfen hat es nicht. Weil Ladda hartnäckig seinen Lohn einforderte, wurde er kurz nach der Bankenshow entlassen. Bei dieser Gelegenheit lernte der Elektroinstallateur erstmals seinen eigentlichen Boss kennen. Ladda: «Begleitet von drei Männern, baute sich D.B. vor mir auf und sagte: «Grüezi, ich bin Daniel Bächtold, und Sie sind fristlos entlassen!»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Laborfleisch: Wird die Fleischeslust ökologischer und ökonomischer?

In fast allen Branchen finden Veränderungen statt. Algorithmen ersetzen Lohnabhängige. Was braucht es eigentlich, damit der technische Fortschritt allen zugute kommt? Neue Erkenntnisse liefert die Fleischindustrie.

Die Boni-Banker Sergio Ermotti (UBS) und Tidjane Thiam (CS) werden in den nächsten zwei Jahren Tausende in die Arbeitslosigkeit oder in die Frühpensionierung treiben. Algorithmen ersetzen Bankangestellte. Der Gipfel: Gleichzeitig fordert UBS-Ermotti die Erhöhung des Rentenalters, wo doch in keiner Branche weniger Menschen arbeiten, die mehr als 55 Jahre alt sind, als in der Bankenbranche.

FORTSCHRITT FÜR ALLE. Veränderungen erfassen derzeit alle Branchen. Damit der technische Fortschritt allen zugute kommt, muss die Quote der Löhne und Renten am Bruttoinlandsprodukt der Schweiz steigen. Das geht nur mit noch mehr Gesamtarbeitsverträgen und mit noch stärkeren Gewerkschaften.

Parallel dazu muss der Denkplatz Schweiz gestärkt werden: wir müssen in Bildung und Ausbildung investieren. Und genügend Startkapital für Start-ups zur Verfügung stellen.

Und drittens müssen Staat und Gesellschaft überlegen, wie man die von grossen Umbrüchen betroffenen Wirtschaftszweige zukunftsgerichtet umbauen kann und will. Doch alle Theorie ist grau. Konkrete Geschichten fördern in aller Regel den

schnelleren Erkenntnisgewinn.

RINDVIEH. Die Ausgangslage in Sachen Fleischeslust: Schweizerinnen und Schweizer essen durchschnittlich pro Person mehr als 50 Kilo Fleisch pro Jahr. Tendenz leicht sinkend. Die Fleischpreise sind in der Schweiz doppelt so hoch wie im nahen Ausland. Das senkt die Kaufkraft der Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, vorab wenn noch Kinder da sind. Nur wollen das viele Linke und Grüne nicht wahrhaben. Die hohen Schweizer Zölle sind unsoziale Strafsteuern.

Weltweit gibt es 1,7 Milliarden Kühe. In der mit Rindvieh überbevölkerten Schweiz 1 Million. Wir füttern sie mit dem Brot der Armen, mit Soja aus Brasilien. Und nennen das Landesversorgung. Dazu kommt: Tierische Fleischproduktion belastet das Klima massiv.

Innovative Teile des Kapitals wollen das ändern. Sie investieren in Vegi-Burger (work berichtete). Und sie investieren in Laborfleisch, auch die



KÜNSTLICHES FLEISCH: Laborfleisch wird sich durchsetzen, wenn die Preise sinken. Das sollte kein Problem sein, weil man zur Produktion von Laborfleisch 10 Mal weniger Futter braucht. FOTO: DAVID PARRY / PA WIRE, CC BY-ND

Migros. 35000 Kühe würden weltweit ausreichen, um ihnen Stammzellen zu entnehmen und aus diesen in grossen Labors feine Steaks und beste St. Galler Bratwürste zu produzieren.

Expertinnen und Experten gehen davon aus: Laborfleisch wird sich durchsetzen, wenn die Preise auf das heutige Niveau der Fleischpreise sinken. Das sei kein Problem, weil man zur Produktion von Laborfleisch zehnmal weniger Futter brauche. Die entscheidende Frage aber ist: Auf das Niveau welcher Fleischpreise? Auf

jenes in Rorschach oder jenes in Konstanz? Logo, jenes in Konstanz. Die Musik spielt dort, wo die Nachfrage lockt.

Lidl ist schon auf den Vegi-Zug aufgesprungen. Bell ist eine Coop-Tochter. Ex-Energieministerin Doris Leuthard hat vom Bundesrat direkt in den Bell-Verwaltungsrat gewechselt. Als Aushängeschild. Sie war fünf Jahre zuständig für die Landwirtschaft und zehn Jahre für den Umweltschutz. Wann legt sie uns in der NZZ ihr Konzept auf den Tisch?

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/bauernzeitung
Die «Schweizerische Bauernzeitung» beginnt sich schon wieder mit Händen und Füssen gegen Laborfleisch zu stemmen. Argument: Nur wenn die Labors umweltfreundliche Energie verwenden würden, sei Laborfleisch klimaneutraler. Werden diese hundertpro machen. Weil bereits heute Windstrom und Sonnenstrom günstiger sind als Kohle- und Atomstrom.

● rebrand.ly/sauberes-fleisch
Die deutsche Tierschutzpartei setzt voll auf Laborfleisch. Wenn das auf dem Markt ist, werden die Schlachthäuser dem Sturm der Saboteure nicht mehr gewachsen sein.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

Gewerkschaftsbund präsentiert schockierende Zahlen:

BVG-Hungerrenten für Frauen mit Tieflohnjobs

Dass sie tief sind, wusste man. Aber dass sie derart tief sind, ist skandalös: Frauen in Tieflohnbranchen erhalten von der Pensionskasse nur 500 bis 800 Franken.

RALPH HUG

Der Gewerkschaftsbund (SGB) wollte es genau wissen: Er nahm mehr als ein Dutzend Geschäftsberichte von Pensionskassen unter die Lupe. Aber nicht irgendwelche, sondern solche aus Tieflohnbranchen: Gastro, Detailhandel, Coiffure und Kosmetik. In diesen Berufen sind die Löhne tief und der Frauenanteil hoch. Wie sehen dort die BVG-Renten aus? Gewerkschaftsbund-Zentralsekretärin Gabriela Medici sagt zu work: «Wir wussten, dass sie tief sind. Aber so extrem haben wir das nicht erwartet.» Zahlen, die schockieren:

- Bei Gastrosocial, der Pensionskasse des ehemaligen Wirtverbandes und der Hotellerie, beträgt die ausbezahlte Durchschnittsrente 603 Franken pro Monat. Die Kasse zählt 160 000 Versicherte.
- Noch tiefer liegt die Durchschnittsrente bei der BVG-Stiftung der SV Group: nur 505 Franken. Die Gruppe betreibt Kantinen, Mensen und Mitarbeiterrestaurants.
- 802 Franken beträgt die Durchschnittsrente in der Pensionskasse der Coiffure- und der Kosmetikbranche.

RIESIGE KLUFF

Im Vergleich dazu liegen die Renten im Verkauf höher, etwa bei Coop oder Manor (siehe Grafik). Aber auch dies sind extreme Tiefrenten. Da es sich um Durchschnittszahlen handelt, die nicht zwischen Geschlecht unterscheiden, kommen die Frauen in Tat und Wahrheit noch schlechter weg, denn in der Regel verdienen sie weniger als Männer. Die riesige Kluft zeigt sich besonders, wenn man diese Minirenten in Bezug zum Schweizer Schnitt der BVG-Altersrenten setzt. Der beträgt knapp 2471 Franken monatlich. Frauen im Tieflohnsektor bringen es nur gerade auf einen Viertel davon.

Zur SGB-Analyse hat auch die Unia beigetragen, mit Vorsorgeausweisen von Detailhandelsangestellten. Hier das Beispiel einer Verkäuferin: Sie kam 1985 in die Schweiz und arbeitete zehn Jahre lang zu 100 Prozent. Dann kam die Tochter zur Welt. Danach war sie zwei Jahre arbeitslos und anschliessend in Aushilfsjobs tätig. Seit die Tochter in die Schule geht, arbeitet sie wieder in Teilzeitpensen von 50 bis 80 Prozent. Mit 64 Jahren kommt sie so auf eine monatliche BVG-Rente von 986 Franken.

JETZT HANDELN

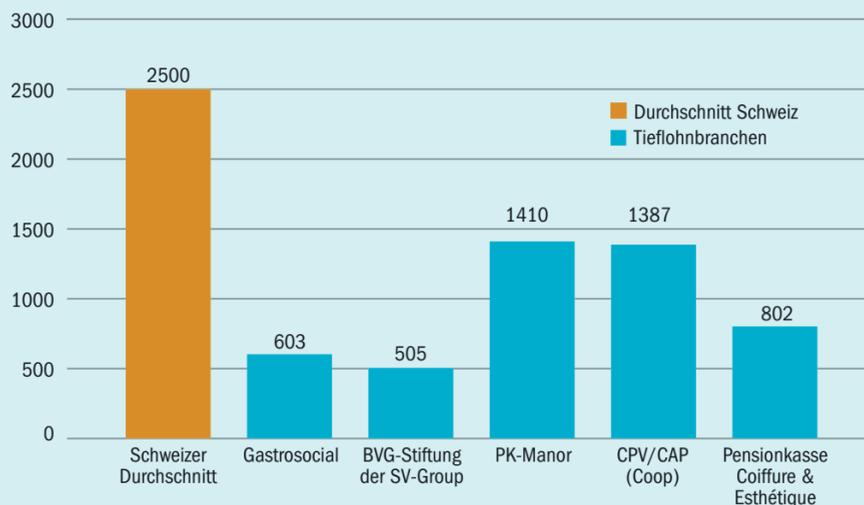
Das ist typisch. Tiefelöhne, Teilzeitjobs und Kindererziehung verhindern, dass Frauen im Berufsleben regelmässig einzahlen und so eine anständige Altersrente ansparen können. Am Schluss resultieren Renten, die nicht zum Leben reichen. Zusammen



HAARSTRÄUBEND: 802 Franken beträgt die Durchschnittsrente in der Pensionskasse der Coiffurebranche. FOTO: GETTY

Schäbige Mini-Renten für Frauen in der zweiten Säule

Monatliche BVG-Renten (in CHF) in Tieflohnbranchen, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt, 2018



Quelle: Pensionskassenstatistik 2018 und SGB-Erhebung. Die durchschnittlichen Altersrenten wurden den Geschäftsberichten der jeweiligen Pensionskassen entnommen, indem die gesamten Ausgaben für Altersrenten im Verhältnis zum Total der Altersrentenbeziehenden betrachtet wurden.

mit einer minimalen AHV von derzeit 1185 Franken kommen diese Frauen auf weniger als 2000 Franken Altersentkommen im Monat. Was die SGB-Analyse enthüllt, ist nichts anderes als Altersarmut vieler Frauen.

Diese wird jedoch nie thematisiert und somit auch nicht als Problem wahrgenommen. SGB-Expertin Medici: «Unsere Befunde bestätigen, was wir schon lange betonen: Es besteht dringender Handlungsbedarf für Frauen und Teilzeitangestellte in der zweiten Säule.» Ein erster Schritt zur Verbesserung sei der Kompromiss der Sozialpartner im BVG vom vergangenen Sommer. Dieser Vorschlag wird

nächstes Jahr im Parlament diskutiert werden (siehe Artikel unten). Tiefrenten sind das eine, gar keine Renten das andere: Mehr als 35 Prozent der Frauen sind überhaupt nicht in der zweiten Säule versichert. Sie haben nach der Pensionierung nur die AHV. Bei den Männern sind nur 15 Prozent ohne berufliche Vorsorge. Aber auch sonst hat die zweite Säule ein massives Gender-Problem. Die Männer erhalten nämlich im Schweizer Schnitt doppelt so hohe BVG-Renten wie die Frauen. Medici sagt: «Die von uns ermittelten extremen Tiefrenten der Frauen sind nur die Spitze des Eisbergs.» Eine, die jetzt endlich ans Licht kommt.

Sozialpartner-Kompromiss: Tiefstrenten verdoppeln

Im Sommer kam der Kompromiss der Sozialpartner für die zweite Säule zustande. Er soll die fallenden Renten stoppen. Der Plan von Gewerkschaften und Arbeitgebern sieht vor, den Umwandlungssatz von 6,8 auf 6,0 Prozent zu senken. Dies ist wegen der tiefen Zinsen und der steigen-



ERSTER SCHRITT. Davon würden vor allem Frauen mit Tiefrenten (siehe Artikel oben) profitieren. Der Gewerkschaftsbund (SGB) hat berechnet, wie sich der Kompro-

den Lebenserwartung notwendig. Im Gegenzug gibt es einen Rentenzuschlag von monatlich 100 bis 200 Franken für Neurentnerinnen und Neurentner. Dieser soll zu grosse Einbussen für die Übergangsgeneration verhindern.

miss auswirken würde: Die Durchschnittsrenten in der Gastronomie würden von 530 auf 869 Fran-

BVG-KOMPROMISS

Mehr darüber im Interview mit SGB-Chef Pierre-Yves Maillard. Seiten 10-11

ken und im Detailhandel von 422 auf 780 Franken steigen. Also um 50 bis 100 Prozent. Gabriela Medici vom SGB: «Das ist ein erster Schritt hin zu einer Besserstellung der Frauen in der zweiten Säule.» Doch die Sache ist politisch noch nicht gegessen.

Bundesrat Alain Berset wird vermutlich den Vorschlag der Sozialpartner übernehmen und noch dieses Jahr einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung schicken. Die Gegner stehen parat: Der in den letzten Wahlen abgestrafte Gewerbeverband und auch die Hardliner in SVP und FDP sind dagegen. Wegen des Rentenzuschlags. Den müssten nämlich auch die Arbeitgeber über einen Lohnzuschlag mitfinanzieren. Aber auch Pensionskassenverwalter äussern sich skeptisch. Sie wollen sich bei den Renten möglichst wenig dreinreden lassen. (rh)

Die Briefträgerin & die Systembefriedigung

Es gibt solche Fehler und solche. Neulich war hier von Zustellfehlern die Rede. Diesmal ist die Angelegenheit komplexer, um nicht zu sagen unüberschaubar.



Bärtschi-Post
Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Unabdingbar gewordenen Attribut der Zustellenden ist der Scanner. Ein tönender Schussapparat. Der Scanner piepst. Oder schreit. Je nach Hörart.

ALLWISSEND. Der Scanner enthält alle eingeschriebenen Sendungen eines Arbeitstages. Wenn nicht schon von den Sortiermaschinen in den grossen Sortierzentren, durch die jede «maschinenfähige» Sendung läuft, werden die Barcodesendungen von den Briefträgerinnen und -trägern eingescannt. Mit dem Scanner wird jeder Zustellschritt bestätigt und quittiert. Der Scanner weiss fast alles. Er weiss vieles, was die Briefträgerin nicht weiss, nicht wissen kann, weil es hinter Algorithmen in der virtuellen Unsichtbarkeit versteckt ist.

Der Scanner registriert und rapportiert. Vorausgesetzt, er funktioniert. Er liefert auch die Grundlagen für die regelmässig vom System ausgespuckten Fehlerlisten: falsch gescannte Sendungen, ungenügend einge-

Schon wieder ein Fehlerpunkt für die Teamstatistik.

scannte Nachsendungen und so weiter. Die Fehler lassen sich den Touren zuordnen und diese wiederum der Person, die sie am betreffenden Tag lief.

TOLGGEN. Ein kurioser Schwank aus dem Alltag: Im Adressmanagement Post (AMP) sind alle Zustelladressen der Schweiz erfasst. Mittels Scanner sind sie à jour zu halten. Nun weiss die Briefträgerin: Herr Müller ist weggezogen, ohne Hinterlassen einer Nachsendeadresse. Der Briefkasten trägt nicht mehr seinen Namen, sondern einen neuen.

Die Briefträgerin schickt den Brief zurück an die Absenderin mit dem Vermerk: «Empfänger konnte nicht ermittelt werden.» Im Datenpool gibt es den Herrn Müller aber noch, die Briefträgerin wartete nicht ab, bis die Adresse deaktiviert war. Die Maschine in Härkingen merkte es. Fehler!

Wieder ein Fehlerpunkt für die Teamstatistik, wieder ein Tolggen im Heft. Obwohl die Rücksendung im richtigen Leben kein Fehler war. Herr Müller ist definitiv weg.

«Schwer nachvollziehbar und eigentlich ungerecht, das Vorgehen als Fehler zu registrieren», gab die Chefin zu. «Aber hier geht es halt um Systembefriedigung.»

«Systembefriedigung», so dachte die Briefträgerin. «Auch ein Aspekt meines Berufs...»

Spanien Russisch Roulette

Die spanische Linke bot in den letzten Monaten ein Trauerspiel. Zwischen den Sozialisten und der linken Podemos gab es ein monatelanges Gezerre um Pöstchen und Positionen. Die Chefs, Pedro Sánchez und Pablo Iglesias, benahmen sich wie Hund und Katz. So peinlich, dass die Gewerkschaften beide Parteien auffordern muss-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ten, endlich einen Pakt zu schliessen und die Probleme der Arbeitenden und Pensionierten anzupacken. Denn das erwarte auch ihre Wählerbasis. Aber vergebens: Sánchez rief stattdessen Neuwahlen aus, in der Hoffnung obenauszuschwingen. Da lupfte es Gewerkschaftsführer Unai Sordo von Comisiones Obreras den Hut. Das Vorgehen sei «unverantwortlich» und die Neuwahlen «Russisch Roulette». Er befürchtete, dass viele

Sánchez und Iglesias: wie Hund und Katz.

Wählerinnen und Wähler der Linken angewidert von diesen Politspielchen zu Hause bleiben würden. Das ist jetzt prompt geschehen. Sozialisten und Podemos haben mehrere Parlamentssitze verloren. Stark dazugewonnen haben dafür die Rechtsextremen. Immerhin bringt die Rechte im Parlament erneut keine Mehrheit zusammen, das gibt den Linken eine zweite Chance.

DOCH NOCH HOFFNUNG? In dieser Situation fordert die Gewerkschaft Comisiones Obreras erneut eine Regierung mit einer «sozialen Agenda». Statt einer «Politik der kleinen Schrittschen» brauche es richtige Reformen. Beim Arbeitsgesetz, bei den Renten, beim ökologischen Umbau. Und siehe da: Was Sánchez und Iglesias während Monaten nicht schafften, schafften sie jetzt in zwei Tagen: den Entwurf für ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Regierung. Vielleicht sind sie aus dem Schaden jetzt klüger geworden.

P.S. In Portugal zeigt die Linke seit längerem, wie man es machen kann: Pragmatisch haben die Sozialisten und die Parteien links von ihnen einen Pakt geschlossen: Erstere stellen die Regierung, letztere pushen und kontrollieren, dass die sozialen Programmpunkte auch umgesetzt werden. Das ist vier Jahre lang gutgegangen. Und geht auch nach den jüngsten Wahlen weiter. Und die portugiesische Linke hat erst noch zugelegt.



Jedes Jahr werden Frauen um 10 Milliarden Franken geprellt. Damit muss Schluss sein. Frauen wollen, was ihnen zusteht – mehr Lohn und Gleichstellung. Infos und Videos gibt's unter:

www.unia.ch/women-want-more

Nachrichtenagentur: Ausgeblutet und kaputtgespart Die SDA ist schon wieder in Gefahr



MUTIG: Mit einem Streik verhinderten Journalistinnen und Journalisten vor zwei Jahren den Kahlschlag bei der SDA. FOTO: KEYSTONE

Daumenschrauben für die Mitarbeitenden und Millionen für die Aktionäre: Bei der Nachrichtenagentur Keystone-SDA droht der Kollaps.

PATRICIA D'INCAU

Es war spektakulär: Mit einem viertägigen Streik verhinderten die Journalistinnen und Journalisten der Schweizerischen Depechenagentur (SDA) vor gut zwei Jahren den Kahlschlag bei der einzigen Nachrichtenagentur des Landes. SDA-Chef Markus Schwab hatte verkündet: Jede vierte Stelle werde gestrichen, alle Ü-60-Mitarbeitenden sollten aufs RAV. Der Grund: die damals bevorstehende Fusion mit der Bildagentur Keystone zum Unternehmen Keystone-SDA. Und das Profitstreben der Aktionäre, die hohe Dividenden sehen wollten.

Die mutige Belegschaft kippte den Plan teilweise: Alle älteren Mitarbeitenden bekamen ihren Job wieder. Und zusammen mit den Gewerkschaften handelte sie einen besseren Sozialplan aus.

STREIKBRECHERIN WIRD CHEFIN

Doch jetzt platzt die nächste Bombe: Am 6. November machte der Medienkonzern CH Media publik, dass er eine haus eigene Nachrichtenagentur aufbaue – und den Vertrag mit der Keystone-SDA schon Ende Jahr grösstenteils kündigen wolle. Der CH-Media-Konzern, der unter anderem die «Aargauer Zeitung» herausgibt, ist das viert-

grösste Medienhaus der Schweiz. Mit ihr verliert die Keystone-SDA einen ihrer wichtigsten Kunden.

Und das ist nur eine von zwei Hiobsbotschaften: Erst vor wenigen Wochen hat die Keystone-SDA-Chefetage – noch ganz ohne Not – verkündet, dass sie nächstes Jahr bei den Mitarbeitenden mindestens 800 000 Franken einsparen will. Damit die Aktionäre nächstes Jahr 2 Millionen Franken Dividenden einsacken können.

Ein riesiger Affront gegen die Belegschaft, die ohnehin schon «am Limit» sind, wie SDA-Frau Laina Berclaz sagt. Sie ist Mitglied der Redaktionskommission (Reko) und macht deutlich: Mit einem weiteren Stellenabbau stünden die Redaktionen vor dem Kollaps. Berclaz: «Wir sind schon so knapp besetzt, dass wir bald kaum noch wissen, wie wir die Schichten besetzen sollen.» Denn: Die rund 38 Mitarbeitenden, die wegen immer mieserer Arbeitsbedingungen mittlerweile gegangen sind, wurden grösstenteils nicht ersetzt. Angeblich aus Spargründen – während die Aktionärinnen und Aktionäre diesen Sommer 1,4 Millionen Franken Dividenden absahnten.

Das macht Stimmung. Aber nicht nur das: Auch ein Personalentscheid sorgt für rote Köpfe. Mit Nicole Meier hat die Key-

stone-SDA-Leitung die Chefredaktion neu besetzt. Hinter dem Rücken der Belegschaft, die eigentlich ein Anhörungsrecht hätte und auch nie eine Stellenausschreibung sah. Offenbar wollten die Chefs niemanden anderes als Meier. Sie ist eine der wenigen, die vor zwei Jahren nicht mitgestreikt haben.

PROFIT MIT STEUERGELDERN

Mit einer Resolution fordert die Belegschaft jetzt Klarheit: zum Personalbestand, zu den Löhnen, zum Sparszwang und zu den gleichzeitigen Millionendividenden. Und auch Marco Geissbühler von der Gewerkschaft Syndicom kritisiert die Konzernleitung scharf: «Sie foutiert sich einfach um alles.» Sogar um Steuergelder, denn: Seit diesem Jahr erhält Keystone-SDA 2 Millionen Franken Subventionen vom Bund. Weil sie als dreisprachige Agentur die mediale Grundversorgung des Landes sicherstellen soll.

Statt in die Redaktionen fliesst das Geld aber offenbar in die Taschen der Aktionäre. Geissbühler fordert deshalb: «Die Subventionen müssen an strikte Bedingungen geknüpft werden wie an die Einhaltung eines GAV.» Denn: Nur mit guten Arbeitsbedingungen kann der Dienst sichergestellt werden. Weil sich Profitstreben und Service public widersprechen, fordert Syndicom ausserdem: «Die Nachrichtenagentur muss in eine Stiftung umgewandelt werden, die vom Bund, den Kantonen und den Verlagen getragen wird.»

Die Sozialdemokraten suchen eine neue Spitze Levrat geht: Was bleibt, was kommt?

Christian Levrat tritt als SP-Präsident zurück. Der Ex-Chef der Gewerkschaft Kommunikation hat die Partei wieder näher an die Gewerkschaften herangeführt.

CLEMENS STUDER

Trotz den Verlusten bei den Oktoberwahlen steht die SP in der Schweiz besser da als die Sozialdemokratien in den umliegenden Ländern. Hauptgrund: Sie hat den historischen Fehler etwa der deutschen SPD vermieden, sich nach rechts und weg von der sozialen Frage zu bewegen.

WIEDERAUFBAU. Worüber das SP-Wahlergebnis leicht hintertäuschen könnte: 2007



FOTO: KEYSTONE

hatte die Partei zwar ein besseres Wahlergebnis, war aber organisatorisch und programmatisch in einem desolaten Zustand. Christian

Levrat, der Garagistensohn und ehemalige Chef der Gewerkschaft Kommunikation, war 2007 der einzige, der sich das SP-Präsidium ernsthaft antun wollte. Seine ersten Präsidentenjahre waren denn auch eine eigentliche Wiederaufbaumission.

Levrat hat die Dynamik, die von den Juso kam, aufgenommen und zumindest teilweise in die Mutterpartei übernommen. Heute steht die SP wieder näher bei den Gewerkschaften, näher an den fortschrittlichen Bewegungen – und die Bundeshausfraktion ist jünger und weiblicher denn je. In der Bundesberner Politmechanik wurde die SP in den vergangenen Jahren wieder zu einer zentralen Macht. Auch das ist ein Verdienst Levrats: strategisch und taktisch macht ihm niemand so schnell etwas vor.

WIE WEITER? Unterdessen ist die Diskussion um Levrats Nachfolge voll entbrannt. Minimalkonsens: Die SP-Spitze soll jünger und weiblicher werden.

Die sogenannten Reformertauen wieder einmal aus der Versenkung auf und reklamieren einen Rechtsrutsch für die Partei. Freundlich unterstützt von den bürgerlichen Medien. Was sie jedoch verkennen oder

SP braucht keinen Kurswechsel nach rechts. verkennen wollen: die SP hat zwar Sitze verloren, die Linke

aber insgesamt gewonnen. Die fortschrittlichen Kräfte im Parlament sind so stark wie nie (die work-Wahlanalyse gibt's hier www.rebrand.ly/workwahl). Für einen Schwenk der SP nach rechts gibt es weder inhaltlich noch strategisch einen Grund.

HEILIGE KUH: Selbst die Armee kommt 1989 fast unters Messer. FOTO: KEYSTONE



Nach dem Berliner Mauerfall fielen auch in der Schweiz die Mauern 1989 verlor die Schweiz ihre Unschuld

Am Anfang stand ein Telefonanruf einer Bundesrätin an ihren Ehemann, am Ende die helvetische Götterdämmerung: Was alles vor 30 Jahren geschah, ist unglaublich!

HANS ULRICH JOST*

1989, als die Berliner Mauer fiel und das Sowjetimperium sich auflösen begann, erlebte die Schweiz heftige politische Erschütterungen. Die traditionelle politische Kultur fiel in sich zusammen.

Am Anfang steht ihr Telefonanruf, am Ende ihr Rücktritt: FDP-Bundesrätin Elisabeth Kopp, die erste Frau im Bundesrat, muss gehen. Sie hat vertrauliche Informationen der Bundesanwaltschaft an ihren Ehemann, den Wirtschaftsanwalt Hans W. Kopp, übermittelt. Es geht um Geldwäscherei einer Firma, in deren Verwaltungsrat Kopp sitzt. Die Vorstellung, ein Mitglied der Regierung sei durch ihren Ehemann in suspekten Wirtschaftsoptionen verwickelt, bringt Bewegung in die Politik.

Doch der Kopp-Rücktritt ist nur ein Miniskandal, verglichen mit der politischen Krise, die ihm auf dem Fuss folgt: die Fichenaffäre. Um den Fall Kopp aufzuarbeiten, setzen National- und Ständerat eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein. Geleitet wird diese von SP-Nationalrat Moritz Leuenberger, dem späteren Bundesrat. Und sie stösst bei ihrer Arbeit auf ein bisher geheimes politisches Überwachungssystem bei der Bundesanwaltschaft. Auf die Schnüffelpolizei. Sie hat fast eine Million Menschen bespitzelt

und in Fichen registriert. Am 22. November 1989, 13 Tage nach der Öffnung der Berliner Mauer, übergibt die PUK ihren Fichenstaat-Bericht der Öffentlichkeit. Der Schock ist enorm. Die Schweiz hat, so der Bericht, ein polizeiliches Spitzelsystem eingerichtet. So, wie man es sonst nur in autoritären Staaten oder Diktaturen findet. Der Überwachungsapparat richtet sich vor allem gegen Fremde, Linke oder gesellschaftskritische Personen. Die Aufarbeitung des Skandals und die Grossdemonstration gegen den Fichenstaat vom 3. März 1990 brachten die Bürgerlichen, allen voran die FDP, schwer ins Wanken.

DREIZACK & DIAMANT

Kopp-Affäre, Fichenskandal und die Armee: 1989 kommt auch die heiligste Kuh der Schweiz beinahe unters Messer. Die Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) fordert nichts mehr und nichts weniger als die Abschaffung der Schweizer Armee. Anfänglich nimmt man diese Initiative gar nicht ernst. Doch am 26. November 1989 sagen mehr als ein Drittel der Abstimmenden an der Urne Ja. Die Kantone Genf und Jura nehmen die Initiative sogar an. Seither hat sich die Armee, die von einer misslungenen Revision in die andere schlittert, nie mehr erholt.

Wie anders hatte die Welt der Armeefreunde noch zu Beginn dieses bewegten Jahres ausgesehen: sie feierten bombastische Feste. Unter dem Namen «Dreizack» führen sie in der Ostschweiz mit 20 000 Wehrleuten ein gewaltige Gesamtverteidigungsübung durch. Zudem feiert die Luftwaffe ihr 75-jähriges Bestehen. Hinzu kommt ein unter dem Titel «Diamant» von der Armeeführung organisierter Grossanlass zum Gedenken an die Mobilisation von 1939, also an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Es geht auch darum, die abgeflaute Begeisterung fürs Militär neu zu entfachen – und damit die Initiative für die Abschaffung der Armee in Schach zu halten.

Die offizielle Schweiz feiert den Ausbruch eines der schlimmsten Kriege, der Millionen von Toten gefordert hatte. Das ist ein moralischer Tiefschlag. Jean Rudolf von Salis, der grosse Historiker, meinte damals denn

auch zu Recht: «Mir scheint, dass wir keine Lorbeerkränze auszuteilen, keine Triumphbögen zu errichten haben. Es waren andere, die im Zweiten Weltkrieg auch für uns geblutet haben.»

RAUBGOLD & MAX FRISCH

Zum Entsetzen der patriotisch gesinnten Rechten lösen die «Diamant»-Feierlichkeiten eine breite Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus. Die Geschichtsforschung widerlegt die langehegte Vorstellung, die Armee habe uns vor einem Überfall durch Hitlerdeutschland bewahrt. Gleichzeitig zeigt sie auf, wie die Schweiz während des gesamten Krieges intensiv Handel mit Nazideutschland getrieben und grosszügig Kredite gewährt hatte. Weiter wird

1989 ging es Schlag auf Schlag: Kopp-Affäre, Fichen-Skandal, Armeeabschaffungs-Initiative.

bekannt, wie die Schweizer Nationalbank ihrerseits bereitwillig Raubgold aus deutscher Hand akzeptierte und gegen Schweizerfranken wechselte. Und so fällt die heroische Geschichtsschreibung der Schweiz als Hort des Widerstandes in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Mitten in diese helvetische Götterdämmerung hinein erhebt einer seine Stimme, der vom Schnüffelstaat ebenfalls überwacht und fichiert worden ist: der damals 78-jährige Schriftsteller Max Frisch. Unter dem Titel «Jonas und sein Veteran» legt er ein Theaterstück vor, das am 19. Oktober 1989 im Schauspielhaus Zürich Premiere hat. Es geht um die Rolle der Armee im Zweiten Weltkrieg. Die damit ausgelöste Debatte ist an Gehässigkeit von Seiten der Rechten nicht zu überbieten.

Doch die Affären und Krisen bestimmen die Zukunft der Eidgenossenschaft: 1989 verliert die Schweiz ihre immer wieder gepriesene Unschuld.

*Hans Ulrich Jost ist Geschichtspräsident, er lebt in Lausanne.



STOP THE ARMY: Demo auf dem Bundesplatz für die Abschaffung der Schweizer Armee.



EIN ANRUF ZU VIEL: Die erste Bundesrätin der Schweiz, Elisabeth Kopp, musste 1989 zurücktreten.



DIAMANTFEIER: Feier zum Gedenken an die Mobilisierung auf der Rütliwiese.

Administrativ Versorgte Ein bisschen Gerechtigkeit

Mit einem Solidaritätsbeitrag sollten ehemals administrativ Versorgte entschädigt werden – und verlorenen stattdessen Rentenleistungen. Dass soll sich jetzt ändern.

PATRICIA D'INCAU

Am 20. Dezember 2019 wird das eidgenössische Parlament endlich einen fatalen Fehler korrigieren, den es vor über zwei Jahren begangen hat. Es geht um den Solidaritätsbeitrag für ehemals administrativ Versorgte, Heim- und Verdingkinder. Sie konnten bis letztes Jahr einen Solidaritätsbeitrag von 25 000 Franken beantragen. Als Wiedergutmachung für das unsägliche Leid, das die Behörden und Ämter ihnen bis Anfang der 1980er Jahre angetan haben (work berichtete: rebrand.ly/versorgte.)

Das Parlament hat 2017 den gesetzlichen Weg für diese Wiedergutmachung geebnet. Aber es den Behörden gleichzeitig ermöglicht, von den Betroffenen einen Teil der Entschädigung direkt wieder einzukassieren.

NEUE SCHIKANE

Widerfahren ist das etwa der 89-jährigen Lily M., wie der «Kassensturz» auf SRF Ende August berichtete. Als Kind wurde M. als Halbwaise aus der Familie gerissen und landete bei einem prägehenden Laienpfarrer. Davon, wie es ihr dort erging, wollte kein Amt etwas wissen. M. wurde versorgt – und vergessen.

Heute lebt M. von einer kleinen AHV und von Ergänzungsleistungen (EL). Doch kurz



LILY M.: Die EL-Kasse wollte wegen des Solidaritätsbeitrags Geld zurück. FOTO: SRF

nachdem sie den Solidaritätsbeitrag erhält, verlangt die EL-Kasse über 2700 Franken zurück. Und die Leistungen werden gekürzt: um die Hälfte auf 220 Franken pro Monat.

Das Problem: Laut Gesetz wird der Solidaritätsbeitrag dem Vermögen angerechnet. Wer sich – trotz allem – in der Vergangenheit etwas ansparen konnte, läuft Gefahr, die EL zu verlieren. Die Grenze liegt bei 37 500 Franken. Wer darüber liegt, wird ganz oder teilweise aus der EL gekippt. Für ehemals administrativ Versorgte heisst das: Was eigentlich als Wiedergutmachung gedacht ist, führt zu neuen Behörden-Schikanen.

Pikant: Das Parlament wusste das, als es das Gesetz verabschiedete. Obwohl es gleichzeitig explizit hiess: Der Solidaritätsbeitrag soll weder bei der Sozialhilfe noch bei den EL zu Kürzungen führen.

Nach dem «Kassensturz»-Beitrag beschlossen vier parlamentarische Kommissionen und der Bundesrat in Windeseile: Das Gesetz soll umgeschrieben werden. Und zwar rückwirkend – damit auch Betroffene wie Lily M. bereits gestrichene Sozialleistungen zurück erhalten.

DOCH NOCH HOFFNUNG

Das ist die eine gute Nachricht. Und es gibt noch eine andere. Ende Oktober hat die Rechtskommission des Ständerats entschieden: Die Gesuchsfrist für den Solidaritätsbeitrag soll aufgehoben werden. Damit bekämen Tausende Betroffene die Chance, doch noch zu ihrem Recht zu kommen. Denn: Viele haben die Frist verpasst, weil sie viel zu knapp war. Sie lief nur ein Jahr.

Sowohl Betroffene wie auch eine unabhängige Untersuchungskommission kritisierten das in der Vergangenheit immer wieder. Weder das Parlament noch der Bundesrat gingen bisher darauf ein. Bis Justizministerin Karin Keller-Sutter Anfang September plötzlich sagte: «Der Respekt gegenüber den Opfern würde es gebieten, die Frist aufzuheben.» Wie es scheint, setzt sich auch im Bundeshaus langsam die Einsicht durch: Die Schweiz hat das, was sie ehemaligen administrativ Versorgten angetan hat, noch längst nicht wiedergutmacht.

Neue Zahlen zeigen: Hausarbeit ist noch immer Frauenbüz

Ab in die Küche, Mann!

Männer, die putzen, abwaschen und kochen? Fehlannonce.

RALPH HUG

Nicht nur beim Lohn, auch bei der Hausarbeit geht es mit der Gleichberechtigung nur im Schnecken-tempo voran. Die meisten Männer machen sich höchst ungern im Haushalt die Hände dreckig. Diese Gratisarbeit überlassen sie lieber den Frauen. Waschen, putzen, kochen? Nein danke!

Dazu gibt's jetzt neue Zahlen vom Bundesamt für Statistik. Alle fünf Jahre nimmt das Amt die Haus- und Familienarbeit unter die Lupe. Die neuste Erhebung betrifft das Jahr 2018. Und das kam heraus: In 60 Prozent der Paarhaushalte wird die Hausarbeit hauptsächlich von der Frau erledigt. In nur 5,8 Prozent erledigt sie zur Hauptsache der Mann. Beim Rest erledigen beide die Hausarbeit. Somit herrscht nur gerade in einem Drittel der Paarhaushalte so etwas wie häusliche Gleichberechtigung.

SIE HAT S GSCHÄNK

Gegenüber vor fünf Jahren hat sich die Situation nur minim verbessert. Damals lag der Anteil der Paarhaushalte, in denen hauptsächlich die Frau die Hausarbeiten macht, bei 63,1 Prozent. Das ist eine Mini-Verbesserung von 3 Prozent. Wenn es so weitergeht, dauert es noch Jahrzehnte bis zur Gleichheit der Geschlechter in den eigenen vier Wänden.

Wenn sich Männer zu Hause mehr engagieren, dann am ehesten beim Einkaufen. Vor dem Putzen und Kochen drücken sie sich. Auch das zeigen die Zahlen. So putzt in



SELTENER ANBLICK: Ein Mann in der Küche. FOTO: ISTOCK

60 Prozent der Paarhaushalte die Frau, vor allem wenn noch Kinder da sind. Kochen liegt zu 57,7 Prozent vorwiegend beim weiblichen Geschlecht, während der Einkauf auch mal vom Mann erledigt wird (45,1 Prozent). Dafür sind die Patschas vorneweg bei Reparaturen (77,9 Prozent). Administrative Arbeiten erledigen knapp zur Hälfte die Männer (42,1 Prozent). Geht es um Soziales, wie etwa ein Geschenk organisieren, liegen die Frauen wieder klar vorn (67,8 Prozent). Und bei der Kinderbetreuung sowieso.

Bereits letztes Jahr hat das Bundesamt für Statistik erhoben, wie der Aufwand in der Hausarbeit verteilt ist. Danach arbeiten die Frauen 23 Stunden pro Woche im Haushalt, die Männer bringen es bloss auf knapp 15 Stunden. Am

grössten klappt die Lücke beim Waschen: 2 Stunden und 15 Minuten pro Woche bei den Frauen und nur gerade 38 Minuten bei den Männern. Dabei summiert sich diese häusliche Gratisarbeit volkswirtschaftlich gesehen zu gigantischen Summen. Gemäss der feministischen Ökonomin Mascha Madörin

Frauen waschen im Schnitt 135 Minuten pro Woche. Männer nur 38 Minuten.

beläuft sich der Wert der unbezahlten Arbeit von Frauen auf 248 Milliarden Franken pro Jahr. Kindererziehen sowie Pflege- und Sorgearbeit eingeschlossen. Das ist mehr als alle Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen.

Die Statistik zeigt, dass sich die Sozialstrukturen verändern, aber jeweils nur immer in Zeitlupe. Der generelle Trend ist jedoch klar, er geht in Richtung mehr Gerechtigkeit. Jüngere Paare denken anders, sie führen häufiger gemeinsam den Haushalt als ältere Paare. Dabei gibt es noch weitere Faktoren, die eine gemeinsame Haushaltsführung begünstigen: zum Beispiel eine höhere Bildung oder wenn beide in Vollzeit oder beide in Teilzeit erwerbstätig sind. War es vor Jahrzehnten noch so, dass meist der Vater im Job war und die Mutter am Herd stand, ist dieses Wunschbild der Rechten längst überholt. Heute ist das Modell mit dem voll erwerbstätigen Vater und einer Mutter, die neben der Hausarbeit auch noch einen Teilzeitjob hat, das am meisten verbreitete in der Schweiz.

Jetzt steht fest: Dumping-Taxidienst Uber darf in Genf nicht weiterfahren Ziehen andere Städte bald nach?



FERTIG LUSTIG: Uber muss seine Fahrerinnen und Fahrer korrekt anstellen. FOTO: KEYSTONE

Genf verbietet den Dumping-Taxidienst Uber. Das könnte für die US-Firma richtig teuer werden.

CHRISTIAN EGG

Klare Worte aus Genf: «Uber muss sich an den gesetzlichen Rahmen halten. Und vor allem für seine Fahrerinnen und Fahrer die Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen.» Das sagt der Sprecher von Regierungsrat Mauro Poggia (MCG). Solange der Dumping-Taxidienst das nicht tut, darf er seine Dienste im Kanton Genf nicht mehr anbieten.

Zuvor hatte der Kanton eine rechtliche Analyse vorge-

nommen. Und war zum Schluss gekommen: Uber ist ein Transportunternehmen. Und nicht nur ein Fahrtenvermittler, wie dies die US-Firma gerne hätte. Daraus folgt, dass die Fahrerinnen und Fahrer als Angestellte zu betrachten sind. Mit allen

Womöglich verstösst Uber noch zusätzlich gegen die bilateralen Verträge mit der EU.

dazugehörigen Rechten wie Sozial- und Unfallversicherung, Kündigungsschutz und so weiter. Genau das, was die Unia schon seit Jahren fordert.

Uber hat angekündigt, gegen das Verbot Berufung einzulegen. Aber wenn das Verwaltungsgericht den Entscheid des Kantons stützt, wird es für Uber richtig teuer. Der Billig-Taxidienst müsste dann rückwirkend sämtliche Beiträge ab dem Jahr 2014 nachzahlen, als er in Genf den Betrieb aufnahm.

VORBILD GENF

Damit nicht genug: Nach Auffassung der Genfer Regierung verstösst Uber zudem gegen die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union. Denn der Sitz der Firma befindet sich in den Niederlanden. Deshalb gelten die Fahrerinnen und

Fahrer als entsandte Arbeitskräfte. Und als solche dürfen sie maximal neunzig Tage lang arbeiten.

Und was tut sich im Rest der Schweiz?

● Im Kanton Waadt ist eine neue Taxiverordnung in Arbeit. In der Vernehmlassung fordert die Unia: Die Gewerbe-polizei muss künftig festlegen, ob eine Firma ein Transportunternehmen oder eine Fahrtenvermittlerin ist – genau wie dies Genf jetzt gemacht hat.

● In Zürich fordert die Unia den Kanton auf, beim Essenskurier Uber Eats einzuschreiten: «Wie in Genf soll auch die Zürcher Regierung Uber Eats auffordern, seine Kurierinnen und Kurier als Arbeitnehmende anzustellen, oder andernfalls ebenfalls die Konsequenzen ziehen.»

PLATTFORM-KAPITALISMUS

Uber ist nur das bekannteste Beispiel des neuen Plattform-Kapitalismus. Sein Prinzip: Ein Algorithmus sucht für jede neue Aufgabe eine Arbeitskraft. Möglichst billig und möglichst ohne Sozialleistungen. Für die Unia ist deshalb klar: Auch Plattformen müssen sich ans Gesetz halten.



MAXIM KAUFMANN UND FLAVIA RIPA: Sie konnten die Demütigungen und Ungerechtigkeiten bei MS Direct nicht länger ertragen. FOTO: STEFAN BOHRER

Ex-Mitarbeitende der Firma MS Direct packen aus:

Schimmel, Schikane und schäbige Löhne

Die Skandalfirma MS Direct betreibt für Coop ein Callcenter in Muttenz BL. Dort herrschen gruselige Zustände – aber die Chefin garniert ein Traumsalär.

CHRISTIAN EGG

«Der Job ist in Ordnung», dachte Flavia Ripa zuerst. Vor knapp zwei Jahren fing die heute 24jährige Baselbieterin bei der Firma MS Direct an. Die betreibt in Muttenz BL ein Callcenter im Auftrag von Coop. Ob Fragen zur Supercard oder Adressänderungen für die Coop-Zeitung: Kundendienstanfragen des Detailhändlers, ob per Telefon oder Mail, landen in Muttenz. Zwischen 60 und 90 Mitarbeitende kümmern sich darum.

Bereits letztes Jahr hatte work über Missstände in einem MS-Direct-Callcenter berichtet. Der Artikel schlug ein. Nicht weniger als neun MS-Direct-Geschädigte kommentierten auf der work-Website. work hat sie alle kontaktiert.

Im Gespräch sagt Ripa, ihr Stundenlohn habe 24 Franken betragen. Zuerst konnte sie hundert Prozent arbeiten und kam so auf 4300 bis 4500 Franken im Monat. Aber plötzlich war Schluss damit. «Immer wieder schickte mich der Chef nach einer hal-

ben Stunde schon heim, es gebe zu wenig Arbeit.» Von einem Monat auf den anderen sank ihr Monatslohn auf 2800, später sogar auf 1700 Franken. Davon konnte sie nicht leben.

Und sie fühlte sich unfair behandelt: «Es waren immer die gleichen fünf oder sechs, die heimgeschickt wurden. Andere hätten gerne einen freien Nachmittag gehabt, mussten aber bleiben.» Als sie den Chef darauf ansprach, schrie er sie an.

ARBEIT NUR NOCH AUF ABRUF

Auch ihr Freund, der 34jährige Maxim Kaufmann, fing in Muttenz als Callcenter-Agent an. Nach sechs Monaten stieg er zum Teamleiter auf und

«Hände weg von dieser Firma!»

FRANZISKA BINZ*, EX-MITARBEITERIN

war für bis zu 30 Mitarbeitende verantwortlich. Sein Lohn: gerade mal 4700 Franken brutto. Ganz anders seine Chefin, die Standortleiterin. Kaufmann: «Per Zufall fand ich heraus, dass sie sich ein Traumsalär von fast 10 000 Franken auszahlt.»

Oben garnieren, unten drücken: Nach diesem Leitspruch funktioniert MS Direct auch anderswo (siehe Text unten). Wanda Stoll* (47) arbei-

tete acht Jahre im Callcenter in Oetlingen bei Zürich. Zuerst gehörte es dem Modeversand Heine, 2017 übernahm MS Direct den Betrieb – und senkte die Löhne. Stoll: «Mein Stundenlohn von 24 Franken 50 sollte um rund 3 Franken sinken. Das liess ich mir nicht gefallen.» Wie die anderen in diesem Artikel zitierten Personen hat Stoll die Firma unterdessen verlassen.

Franziska Binz* (29) kündigte erst vor wenigen Wochen. Heute sagt sie: «Hände weg von dieser Firma!» Vor allem wegen des neuen Lohnsystems, das die Firma im Januar einführte. «Arbeitspensum 60 bis 100%» steht jetzt in den Arbeitsverträgen. Die tatsächliche Arbeitszeit «ergibt sich je nach Bedarf und Aufgebot». Ende Monat gibt's aber nur 60 Prozent des Lohnes. Die darüber gearbeiteten Stunden werden erst einen Monat später bezahlt.

ES TROPFT VON DER DECKE

Binz und ihre Kollegin Miriam Strasser* (22), die beide in Muttenz arbeiten, berichten zudem Unappetitliches. So seien die Büros schmutzig. Auch die Heizkörper seien mit Dreck verschmiert. Und ein Jahr lang sei das Dach undicht gewesen. Strasser: «Drei oder vier Arbeitsplätze konnten wir gar nicht benutzen, weil es von der Decke tropfte.» Am Schluss habe gar

Syndicom und Coop wollen Antworten

MS Direct nimmt zu der Kritik keine Stellung. Stattdessen verweist die Firma auf die Gewerkschaft Syndicom, «unseren Sozialpartner». Giorgio Pardini ist in der Syndicom-Geschäftsleitung. Er sagt auf Anfrage: «Als zuständige Branchengewerkschaft werden wir diese Sache mit MS Direct prüfen.»

ZEITNAH? Coop, in deren Auftrag MS Direct das Callcenter in Muttenz seit knapp sechs Jahren betreibt, hat jetzt mit der Firma Kontakt aufgenommen. Sprecher Urs Meier sagt: «Wir nehmen diese Kritikpunkte sehr ernst. Faire Arbeitsbedingungen sind für Coop wesentlich.» Man werde die kritisierten Punkte «zeitnah» mit MS Direct besprechen. work bleibt dran. (che)

die ganze Belegschaft den Hintereingang benutzen müssen. Denn der Haupteingang war durch eine grosse Kiste versperrt, die das Regenwasser auffangen sollte. Binz: «Überall standen der Kessel herum, und die Decke fing an zu schimmeln.» Zwar inspizierte das Gesundheitsamt den Ort. Aber was daraus wurde, erfuhren die Mitarbeitenden nicht.

Zweites Mädchenhaus

BERN. Im Kanton Bern soll ein Haus Mädchen und jungen Frauen Schutz bieten, die Opfer von Gewalt geworden sind. Das sagt der Regierungsrat. Er hat nach einem Postulat der SP-Fraktion den Bedarf abklären lassen. Das zweisprachige Mädchenhaus soll in der Region Biel entstehen und auch Gewaltopfern aus anderen Kantonen offenstehen. Es wäre nach Zürich erst das zweite Mädchenhaus in der Schweiz. Ein spendenfinanziertes Pilotprojekt in Biel musste Anfang Jahr wieder schliessen, weil sich die Politik nicht schnell genug bewegte.

Japan Tobacco stoppt Gespräche

GENÈVE. Der Tabakmulti Japan Tobacco International (JTI) will jede vierte seiner 1100 Genfer Stellen streichen und die Entlassenen mit einem miserablen Sozialplan abspesen. Der Konzern liess nicht nur die Gespräche vor der kantonalen Einigungsstelle platzen, sondern beendete am 7. November auch noch die Direktverhandlungen mit der Belegschaft. Dies, ob-



Japan Tobacco in Genf. FOTO: KEY

wohl eine Diskussionsrunde anstand und die Mehrheit der Genfer Parteien eine Intervention der Regierung gefordert hatte. Doch JTI hat nun das Schiedsgericht angerufen. Damit könnte die Belegschaft umgangen und in einem monatelangen Prozess hingehalten werden.

Wahlschlappe für Amazon

SEATTLE (USA). Diese Wahl hat Amazon-Boss Jeff Bezos so richtig den Tag vermiest. Denn die Stimmberechtigten von Seattle haben schon wieder Kshama Sawant (46) in den Stadtrat gewählt. Eine Sozialistin, die für höhere Unternehmenssteuern kämpft und bereits einen 15-Dollar-Mindestlohn durchsetzte. Dabei hatte Bezos, als reichster Mann der Welt, extra zünftig in den Wahlkampf eingegriffen. Über seinen Online-handelskonzern, der in Seattle 45 000 Menschen beschäftigt, butterte Bezos mehr als eine Million Dollar in die Anti-Sawant-Kampagne. Ein Klacks ist demgegenüber der Betrag, den die Stadträtin für ihre Wiederwahl investierte: 2060 Dollar.

Mehr Sonntags-shopping

BERN. Neu dürfen in 45 Bahnhöfen die Läden am Sonntag offen haben. 2006 hatten die Stimmentenden nur mit 50,6 Prozent Ja gesagt zum Sonntagsverkauf in Bahnhöfen. Der Bundesrat versprach damals: Bewilligungen gebe es nur für etwa 25 grosse Bahnhöfe. Jetzt müssen aber auch etwa in Thalwil ZH oder Lenzburg AG die Verkäuferinnen und Verkäufer am Sonntag arbeiten. Unia-Frau Leena Schmitter kritisiert: «Der Bund hat sein Versprechen gebrochen.»

MS Direct: Frieren für Zalando

Callcenter, Logistik, IT-Support: 1000 Mitarbeitende beschäftigt die Firma MS Direct an sieben Standorten. Und sorgt immer wieder für Negativschlagzeilen. Eine Chronik:

DEZEMBER 2017: Im work schildert Maria B. ihre Arbeitsbedingungen bei MS Direct in St.Gallen. Sie musste Zalando-Retouren reinigen und sortieren. Zeitvorgabe: 80 Sekunden pro Stück. Wer zu langsam ist, wird alle zwei Stunden von der Schichtleiterin zur Eile angetrieben. In der Halle zieht es, im Winter

braucht sie Handschuhe. Ihr Stundenlohn war am Anfang 16 Franken 50 brutto, später 17 Franken. Zum work-Artikel: [rebrand.ly/direct1](https://www.work.ch/rebrand.ly/direct1).

FEBRUAR 2018: Mitarbeitende des Callcenters in Feldmeilen ZH melden sich bei work. Eine von ihnen war zunächst im Monatslohn angestellt. Nach drei Jahren beschied ihr MS Direct, man werde sie nur noch im Stundenlohn beschäftigen. Danach wurde sie immer wieder am Nachmittag oder schon am Mittag heimgeschickt. Die Folge:

Ihr Verdienst sank von 4150 auf knapp 3500 Franken. Einer Sachbearbeiterin wollte MS Direct das Pensum von hundert auf fünfzig Prozent kürzen. Als sie nicht unter-

Der GAV unterbietet sogar den Mindestlohn.

schrieb, bekam sie die Kündigung. Mit allerlei Tricks versuchte die Firma zudem, die Arbeiterinnen um ihr Geld zu prellen. Zum work-Artikel: [rebrand.ly/direct2](https://www.work.ch/rebrand.ly/direct2).

AUGUST 2019: Die Gewerkschaft Syndicom gibt bekannt, dass sie mit MS Direct einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen habe. Er betrifft 400 Mitarbeitende, die für Firmen wie Zalando Pakete verarbeiten. Ein «Meilenstein», schreibt Syndicom. Nur: Die Löhne sind kaum mehr, als was MS Direct bisher bezahlt hat. 17.57 Franken pro Stunde im ersten halben Jahr, dann 18.21 für Ungelernte und 19.12 für Gelernte. Damit unterbietet der GAV sogar den umstrittenen Mindestlohn von 18.27 Franken. (che)

* Namen geändert



PIERRE-YVES MAILLARD, OBERSTER SCHWEIZER GEWERKSCHAFTER: «Es stimmt eben nicht, was gewisse Medien nach den Wahlen behauptet haben, dass Gewerkschafter unpopulär seien!»

Sechs Monate SGB-Chef Pierre-Yves Maillard: Eine Zwischenbilanz

«Wir können nach dem Frauenstreik doch nicht mit Frauenrentenalter 65 kommen!»

Die Überbrückungsrente für Ausgesteuerte angestossen, den BVG-Kompromiss aufgeleitet und ein Treffen mit dem Obergegner des Schweizer Lohnschutzes organisiert: Das und mehr hat SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard schon vorzuweisen.

MARIE-JOSÉE KUHN | FOTOS SEVERIN NOWACKI

work: Pierre-Yves Maillard, wie gefällt Ihnen Ihr Job als SGB-Chef?

Pierre-Yves Maillard: Am Anfang musste ich mich, ich gestehe es, ein wenig daran gewöhnen, dass ich jetzt nicht mehr im Zehnminutentakt Entscheide fällen muss. So wie vorher als Regierungsrat. Entscheidungen beim SGB treffen wir gemeinsam, nach intensiven Diskussionen. Das bedeutet, ich habe jetzt weniger Stress als vorher und mehr Zeit für Gespräche. Ich reise viel an Delegiertenversammlungen der lokalen Sektionen, und wir haben auch die Kontakte mit den europäischen Gewerkschaften intensiviert. Jetzt komme ich grad aus Paris, wo wir bei CGT, CFDT und FO waren. Es ist eine spannende Arbeit.

Sie werden auch Zeit brauchen für Ihr Nationalratsmandat. Im Kanton Waadt haben Sie das beste Resultat gemacht, vor allen Bürgerlichen. Warum sind Sie so beliebt?

Es stimmt eben nicht, was gewisse Medien nach den Wahlen behauptet haben, dass Gewerkschafter unpopulär seien! Ich habe sicher auch deshalb so gut abgeschnitten, weil ich fünfzehn Jahre lang Waadt-länder Gesundheits- und Sozialminister war und unter mir die Krankenkassenprämien für 100 000 Leute sanken, weil wir die Prämienverbilligung erhöhten.

Der Kanton Waadt ist inzwischen ein fortschrittlicher Kanton, auch ein frauenfreundlicher. Wie erklären Sie sich das?

Rot-Grün hat den Kanton in den letzten zwanzig Jahren umgekrempelt. Einst war die Waadt eisern in FDP-Hand, so, wie das Wallis in den Händen der CVP. Heute ist das komplett anders, die meisten Städte in der Waadt sind links regiert, und in der Kantonsregierung sind 5 von 7 Sitzen von Frauen besetzt. Und jetzt, bei den Nationalratswahlen, hat Rot-Grün sogar mehr Stimmen gemacht als FDP und SVP zusammen, das gab's vorher noch nie! Einziger Wermutstropfen für mich und meine Partei: dass Ada Marra jetzt nicht in den Ständerat einzeln kann.

Bei Ihrer Wahl zum SGB-Präsidenten haben Sie versprochen, sich für die Gleichstellung der Frauen einzusetzen. Was haben Sie bisher erreicht?

Das Wichtigste ist wohl der BVG-Kompromiss der Sozialpartner, der jetzt beim Bundesrat liegt. Er sieht unter anderem vor, dass der sogenannte Koordinationsabzug halbiert wird. Dieser bestimmt, ab wann ein Einkommen BVG-pflichtig ist – und liegt heute bei 24 885 Franken im Jahr. Viele Teilzeitarbeitende, vor allem auch Frauen, verdienen aber we-

«Mit den riesigen Nationalbankgewinnen können wir eine 13. AHV-Rente finanzieren.»

niger. Sie zahlen also nicht oder nur wenig in die zweite Säule ein und haben später keine oder nur sehr kleine BVG-Renten.

Der SGB hat's gerade berechnet: Wir reden von BVG-Minirenten von 500 bis 800 Franken monatlich (siehe die schockierenden Zahlen auf Seite 5). Einschliesslich AHV-Mindestrente kommen die Frauen dann nicht mal auf 2000 Franken Rente...

...Ja, es ist unglaublich, ein Skandal, deshalb ist diese BVG-Reform auch so wichtig. Dank ihr würden solch tiefe Frauenrenten, zum Beispiel in der Gastronomie oder im Verkauf, um 50 Prozent erhöht oder sogar um mehr für die ganz niedrigen Renten.

Klar, die Frauen werden auch mehr in die zweite Säule einzahlen müssen, aber aus jedem Franken, den sie einzahlen, werden deren zwei, weil die Arbeitgeber ja auch einzahlen. Der BVG-Kompromiss würde den Frauen also zusätzliches Arbeitgebergeld bringen.

Sie haben diesen Kompromiss zusammen mit Arbeitgeberchef Valentin Vogt ausgehandelt. Der erhält nun von SVP bis NZZ Prügel. Der Vorwurf: Er habe sich mit den Gewerkschaften ins Bett gelegt. Wie haben Sie Vogt dazu gebracht?

Es gibt starke Tendenzen bei den Arbeitgebern und den rechten Parteien, überhaupt nicht mehr mit den Sozialpartnern zu verhandeln. Das ist eine konzentrierte Attacke gegen die Sozialpartnerschaft. SVP-Nationalrätin Martullo-Blocher hat diese an einer Pressekonferenz 2017 vorge-spürt: gegen Mindestlöhne, gegen Gesamtarbeitsverträge, gegen den Lohnschutz bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit usw. Es ist krass, wie «unschweizerisch» die SVP und andere neoliberale Kreise da unterwegs sind. Es waren die Bürgerlichen, die immer gesagt haben, in der Schweiz regeln wir solche sozialen Fortschritte mit der Sozialpartnerschaft – und nicht via Gesetz. Dieses alte Schweizer Prinzip treten Martullo & Co. nun mit Füssen.

Und Valentin Vogt ist da anders?

Als ich ihn zum ersten Mal traf, sagte Valentin Vogt, er schätze die Sozialpartnerschaft und er wolle verhandeln. Und das will ich auch, ich will einen Kompromiss, ein Resultat, das besser ist, als was wir heute haben. Und der BVG-Kompromiss ist besser.

Aber mit ihm stärken Sie die falsche Säule, die wacklige und unsolidarische. Stört Sie das nicht?

Das Wichtigste für uns ist, dass mit dem Kompromiss die heutigen Rentensenkungen gestoppt werden. Zudem wird die zweite Säule solidarischer: Die Zusatzeinnahmen werden mit einem Abzug von 0,5 Prozent auf allen Löhnen finanziert. Gut-verdienende finanzieren so fixe Rentenzusätze, die den Schlechterverdienenden zugute kommen.

Der Deal ändert auch nichts an unserem Einsatz für die AHV. Nur haben wir dort keinen Kompromiss finden können. Nur zwei Wochen nach dem historischen Frauenstreik gab der Bundesrat ja bekannt, dass er die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 will. Da werden wir also kämpfen müssen.

Kategorisch?

Für mich ja, aber natürlich wird die Delegiertenversammlung entscheiden.

Aber der SGB war ja für die vor zwei Jahren gescheiterte AHV-Reform 2020. Die sah auch das Frauenrentenalter 65 vor. Warum dieser Gesinnungswandel?

Ich war damals noch nicht in die Diskussionen involviert, aber spürte schon damals, wie stark die Frauen diese Rentenaltererhöhung ablehnen. Am 14. Juni dann, am Frauenstreik, wurde das noch klarer. Beim Lohn, bei der Gratis-Hausarbeit usw. sind Frauen einfach noch massiv diskriminiert. Also können wir doch jetzt nicht mit dem Rentenalter 65 kommen! Das ist ein grosser Irrtum des Bundesrates.

Das werden wir bekämpfen. Und wir werden auch eine Initiative für eine 13. AHV-Rente lancieren, wenn das die SGB-Delegierten am 15. November so beschliessen. Sie wird allen etwas bringen, besonders auch den Frauen, weil sie häufig nur die AHV-Mindestrente haben.

Wie wollen Sie diesen Ausbau der AHV finanzieren?

Mit den Gewinnen der Schweizer Nationalbank zum Beispiel. Denn die Zentralbanken schreiben so hohe Gewinne wie noch nie, während die Bevölkerung verarmt. Allein zwischen Januar und September dieses Jahres hat die Nationalbank mit Werten auf Devisen einen Gewinn von 52 Milliarden Franken gemacht. Nach der Krise von 2008 lag ihr Eigenkapital, also ihre Sicherheit, noch bei 60 Milliarden Franken. Heute liegt es bei 170 Milliarden Franken. Und dieses Geld investiert sie in Aktien im Ausland. Das ist doch absurd!

«In Strassburg hörten wir nicht, dass Nachverhandlungen beim Rahmenvertrag unmöglich seien.»

Wir sollten also nur tun, was unsere Verfassung verlangt: dass der Reingewinn der Nationalbank via Bund und Kantone zurückverteilt werden muss ans Volk.

Die Wirtschaftspresse nennt Sie «Mister Deal-maker». Ehrt Sie das?

Sie meinen wegen der Überbrückungsrente für Ausgesteuerte?

Ja, im Kanton Waadt gibt es diese ja schon lange, und Sie sind ein bisschen ihr Vater. Und jetzt schlägt Bundesrätin Keller-Sutter eine solche Überbrückungsrente für die ganze Schweiz vor. Sie haben offenbar einen guten Draht zur Justizministerin?

Wir sind in gutem Kontakt, ja, und diese Überbrückungsrente ist ein sehr gutes Projekt, das wir zusammen entwickelt haben. Es macht einen riesigen Unterschied für die Leute, ob sie nach 45 Jahren im Erwerbsleben eine Rente bekommen oder auf die Sozialhilfe müssen. Und obwohl diese Rente

leicht höher ist als die jetzige Sozialhilfe, kommt sie den Staat nicht teurer. Das zeigt unsere Erfahrung aus der Waadt. Wer Sozialhilfe hat, muss seine Berechtigung nämlich immer wieder überprüfen lassen, das bedeutet administrativen Aufwand. Und der kostet. Bei der Überbrückungsrente fällt dieser weg. Und die Menschen sind erst noch glücklicher!

Das zählt, gerade auch in Hinblick auf die Abstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative, die ja die Personenfreizügigkeit abschaffen will. Das ist brandgefährlich, denn die Freizügigkeit hat der Schweizer Wirtschaft viel gebracht. Aber sie hat viele Leute auch verunsichert. Ihnen müssen wir mehr soziale Sicherheit geben. Zeigen, dass die Personenfreizügigkeit nicht nur den Firmen nützt, sondern uns allen. Bundesrätin Keller-Sutter hat das begriffen.

Der Lohnschutz steht unter enormem Druck. Neoliberale Kräfte in der EU und in der Schweiz wollen ihn im Rahmenvertrag schleifen. Sie trafen kürzlich den deutschen Anti-Lohnschutz-Lobbyisten im EU-Parlament, Andreas Schwab. Was sagten Sie ihm?

Wir haben ihm ruhig, aber dezidiert erklärt, dass wir Gewerkschaften dem vorliegenden Rahmenvertrag nie und nimmer zustimmen werden. Dass dieser Vertrag auch vor dem Schweizer Volk keine Chance hat. Und wir haben ihm auch klargemacht, dass das kein nationalistic Kampf ist, sondern ein Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen die neoliberalen Marktanbieter, hüben wie drüben.

Da haben wir die Unterstützung aller europäischen Gewerkschaften: Am Schweizer Lohnschutz wird nicht gerüttelt, basta! Mit der EU muss drum neu verhandelt werden – und zwar erst nach der Abstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative. Das ist zentral, denn wir dürfen die beiden Debatten nicht vermischen.

Im nächsten Mai müssen wir zuerst den bewährten Schweizer Weg mit Europa verteidigen:

workfrage: Wie beurteilen Sie den bisherigen Leistungs- ausweis von SGB-Chef Pierre-Yves Maillard?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Pierre-Yves Maillard

Pierre-Yves Maillard ist ein echter 68er, damals im März kam er in Lausanne zur Welt. Als Sohn eines Garagisten und einer Hausfrau und Arbeiterin. Mit 22 kam der Sozi ins Lausanner Gemeindeparlament, mit 29 ins Waadtländer Kantonsparlament, mit 31 in den Nationalrat, mit 36 in den Waadtländer Regierungsrat. Von 2000 bis 2004 war Maillard Regioleiter bei der Gewerkschaft Smuv. 2011 kandidierte er für den Bundesrat – gegen Marina Carobbio und Alain Berset. Und jetzt, mit 50, wurde PYM oberster Gewerkschafter. Er ist Vater eines Sohnes und einer Tochter und lebt in Renens VD.

Öffnung, bilaterale Verträge, Personenfreizügigkeit mit guten flankierenden Massnahmen. Erst danach stellt sich die Frage eines neuen Modus vivendi mit der EU.

Und was hat Schwab geantwortet?

Ich kann nicht für ihn sprechen, aber jedenfalls hörten wir nicht, was uns die Schweizer Medien und die Economiesuisse jetzt wieder täglich einhämmern: dass Nachverhandlungen mit der EU unmöglich seien.

Sie wollen sagen, die Economiesuisse schiebt den Druck der EU vor, weil ihr der Schweizer Lohnschutz selber ein Dorn im Auge ist?

Nicht nur der Economiesuisse, auch der SVP. Dies, obwohl letztere mit ihrer Initiative eine andere Strategie fährt: Abbruch mit der EU, um dann die sozialen Rechte in der Schweiz in einer grossen Offensive à la Margaret Thatcher abschaffen zu können.

Sie glauben wirklich, dass die EU nachverhandeln wird?

Entweder wir können nachverhandeln, oder dieser vorliegende Rahmenvertrag scheitert vor dem Volk.

Maillard zur Klimabewegung: «Wir Gewerkschaften sollten uns öffnen»

work: Die Klimabewegung ruft für den 15. Mai 2020 zu einem Massenstreik auf und möchte dafür die Unterstützung der Gewerkschaften. Sind Sie dabei?

Pierre-Yves Maillard: Wir werden an unserer Delegiertenversammlung erste Entscheide treffen. Ich finde, wir sollten uns diesen Jungen öffnen. Sie sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Zukunft. Ich werde deshalb für lokale Treffen zwischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und Klimabewegten überall in der Schweiz plädieren. Und zwar ab sofort. Im direkten Kontakt können wir die konkreten Mobilisierungsformen definieren.

Warum ist der Klimanotstand ein Gewerkschaftsthema?

Weil die Bauarbeiter im Sommer schon seit einigen Jahren wegen der Hitze leiden, zum Beispiel. Wer arbeitet, ist von der Umwelt- und Luftverschmutzung stark betroffen – und auch von den Massnahmen zum Klimaschutz. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft, der nicht auch sozial ist, hat keine Chance. Siehe Frankreich und die Gelbwesten. Lenkungsabgaben müssen deshalb auch vollumfänglich an die Bevölkerung zurückstatten werden. Pro Kopf!

Ab wann soll die Schweiz CO₂-neutral sein?

So bald wie möglich. Wir brauchen eine breit abgestützte Strategie.

Was halten Sie vom work-Klima-Umbauplan in 19 Tafeln (www.workzeitung.ch/co2-neutrale-schweiz), der detailliert aufzeigt, wie die Schweiz bis 2030 CO₂-neutral werden kann?

Dieser beeindruckende Plan zeigt, dass es Hoffnung für die Zukunft gibt. Ein sozialer Umbau der Schweiz ist dank technischem Fortschritt und konkreten politischen Massnahmen möglich.

Der ökosoziale Umbau (Wohnungsbau fördern, Förderung der Produktion synthetischer Brennstoffe usw.) kostet Geld, wie soll er finanziert werden?

So, wie einst der Bau unserer Staudämme finanziert wurde, mit Geld der Eidgenossenschaft und der institutionellen Anleger. Klar ist: Wenn wir nichts tun, kommt es noch viel teurer. (mjk)



UNTER DEM GRÜNEN SCHIRM: SGB-Chef Maillard unterstützt die Klimabewegung.

Schnüffelstaat 30 Jahre Fichen- skandal

Über 700 000 Personen und Organisationen wurden bis 1989 von den schweizerischen Polizeibehörden und Geheimdiensten illegal ausgeschnüffelt und mit detaillierten Registerkarten (Fichen) erfasst. Dann flog der Fichenskandal auf. Heute aber observiert der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) wieder munter drauflos. Im Visier waren jüngst etwa die Juso und SP-Nationalratsmitglieder. Daher lädt der Verein Grundrechte.ch zur Filmvorführung und einer Diskussionsrunde ein.

19. November, Kino Riffraff, Neugasse 57-63, Zürich. 19.30 Uhr: Film **Heimelig und heimlichfeiss** (auch online auf rebrand.ly/fiche). Um 20.00 Uhr liest **Schauspieler Martin Ostermeier** aus dem Bericht der **Städtzürcher Untersuchungskommission (UK) von 1990**. Danach diskutieren die damaligen UK-Mitglieder Martin Farner, Niklaus Scherr (AL), Franz Schumacher (SP), Peter Niggli (Grüne), Werner Sieg (SP) mit WOZ-Redaktorin Merièm Strupler

Playlist Sounds of Frauenstreik

Achtung, diese Hitliste führt zu Hühnerhaut! Garantiert bei allen, die am legendären Frauenstreik 2019 dabei waren. Denn die 100 wichtigsten aller feministischen Musikstücke, zu denen frau schon im heissen Juni tanzte, sind jetzt auf einer Spotify-Playlist versammelt. Der hierfür verantwortliche DJ Vpod stellt damit sein Gschpüri für die Beats der Zeit unter Beweis. Laut aufdrehen empfohlen!

rebrand.ly/djvpod

Italien Der Fascho- Dichter

Als neuer «Duce» ist Matteo Salvini vorerst gescheitert. Doch noch immer bewundert Italiens Ex-Innenminister Benito Mussolini. Schliesslich ging der Diktator als begnadeter Redner, geschickter Propagandist und gewiefter Manipulator der Massen in die Geschichte ein. Doch die Kunst der Volksverführung hat sich nicht erst Salvini, sondern schon Mussolini abgeschaut. Und zwar beim populären Dichter, Dandy und Selbstdarsteller Gabriele D'Annunzio. Dieser zeigte schon 1919, wozu eine mitreissende Rhetorik und nationalistischer Eifer fähig sind: Mit einem bewaffneten Heer fanatischer Anhänger besetzte er kurzerhand die Mittelmeerstadt Fiume (heute Rijeka, Kroatien), rief eine autonome Republik aus und versetzte die Stadt in einen 15monatigen Rauschzustand. Diese kaum bekannte, dafür umso absurdere «Kommune der Faschisten» hat nun der Journalist Kersten Knipp in einem packenden Buch beschrieben.



Kersten Knipp, **Die Kommune der Faschisten. Gabriele D'Annunzio, die Republik von Fiume und die Extreme des 20. Jahrhunderts**, Darmstadt 2018, ca. 35 Franken.



SCHWERE LAST: In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Beschäftigten im Detailhandel um 25 300 zurückgegangen. Für die, die bleiben, steigt der Stress. FOTO: KEYSTONE

Detailhandel: Kein Privatleben, Geldsorgen und doofe Kommentare «Für was wirst du überhaupt noch gebraucht?»

Ein neues Buch zeigt den ungeschminkten Alltag von Verkäuferinnen und Verkäufern.

CHRISTIAN EGG

Zum Beispiel Pinar Arslan. Die 26jährige ist Verkäuferin in einem Kleiderladen. Daneben macht sie eine kaufmännische Ausbildung. Die Hausaufgaben für die Schule macht sie am Sonntag. Unter der Woche steht sie oft früh auf, um noch vor Arbeitsbeginn zu lernen. Sie habe eigentlich «kein Privatleben», sagt sie: «Also, ich habe nicht einmal für meine Freunde, meine Familie richtig Zeit, weil ich so kaputt bin von dieser Woche. Ich bin so kaputt, dass ich am Samstag nach Hause gehe, um zu schlafen.»

UNVERSCHÄMTE KUNDSCHAFT

Pinar Arslan, die in Wirklichkeit anders heisst, ist eine von 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Detailhandel, die im neuen Buch «Damit der Laden läuft» zu Wort kommen. Forscherinnen und Forscher der Uni Bern haben sie 2016 und 2018 für zwei Studien befragt (work berichtete: rebrand.ly/detailhandel1 und rebrand.ly/detailhandel2). Die Historikerin Elisabeth Joris und die Juristin Rita Schmid haben die Ergebnisse jetzt als 112seitiges

Buch herausgegeben. Ungeschminkte Zitate der Mitarbeitenden machen das Buch lesenswert. Etwa zu flexibilisierten Arbeitszeiten, unverschämter Kundschaft oder Geldsorgen.

Die hat auch Pinar Arslan. Mit ihrer 70-Prozent-Anstellung verdient sie zwischen 2300 und 2400 Franken im Monat. Davon muss sie ihre Ausbildung bezahlen. Sie wohnt zusammen mit ihrem Bruder noch bei ihren Eltern – für eine eigene Wohnung reicht das Geld nicht. Denn mit ihrem mageren Einkommen sollte sie auch noch den Bruder unterstützen, der studiert. Und die Mutter: «Dann bleibt mir echt nichts mehr übrig. Meine Mutter bezieht seit längerem IV. Aber jetzt haben sie ihr die IV gerade wieder weggenommen. Aus diesem Grund müssen wir im Moment aufs Sozialamt.»

«Wir müssen im Moment aufs Sozialamt.»

PINAR ARSLAN, VERKÄUFERIN

STRESS PUR

Die Modekette sei «eigentlich der letzte Laden gewesen, bei dem ich mich bewerben wollte», sagt Pinar Arslan weiter. Nach der Schule wollte sie Kleinkinderzieherin werden: «Dort hineinzukommen ist mega schwer gewesen. Ich habe sogar beinahe eine Lehrstelle gekriegt. Zuerst haben sie Nein, dann wieder Ja gesagt. Dann hatte ich aber

schon im Kleiderladen angefangen. Da habe ich gesagt: «Nein, ich habe jetzt schon einen Job», und das ist mein grösster Fehler gewesen.» Inzwischen arbeitet sie schon acht Jahre in dem Kleiderladen. Einmal hat sie sich im Unternehmen für eine Lehrstelle beworben. Die Firma hat sie abgelehnt, weil sie beim Einstufungstest zu schlecht abschnitt.

Das Buch macht auch deutlich: Der Detailhandel ist eine der Branchen, die am direktesten von der Digitalisierung betroffen sind. Sie leidet unter der Konkurrenz durch den Onlinehandel. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Beschäftigten um 25 300 zurückgegangen. Für die, die bleiben, steigt der Stress. Und er wird noch verschärft durch die Self-Scanning-Kassen. Verkäuferinnen und Verkäufer müssen bis zu acht solche Kassen überwachen. Dazu sagt eine Fachfrau Detailhandel im Buch: «Für eine Person alleine ist das eigentlich nicht machbar.» Zudem sei die Kundschaft bei den Self-Scanning-Kassen oft besonders respektlos, wie eine andere Kassierin berichtet: «Ja, doofe Kommentare kommen vor: «Warum stehst du hier rum, für was wirst du überhaupt noch gebraucht?» Oder: «Ich kann meine Kasse jetzt selber bedienen, geh zur Seite!»

Damit der Laden läuft. Ein kritischer Blick in die scheinbar vertraute Welt des Detailhandels. Herausgegeben von Elisabeth Joris und Rita Schmid, Rotpunktverlag, 2019, CHF 15.–. Unia-Mitglieder können kostenlos ein Exemplar bestellen unter tertiaer@unia.ch.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



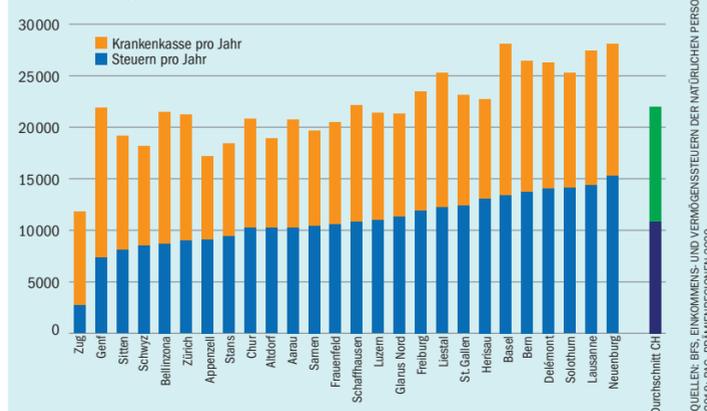
FAMILIEN ZAHLEN MEHR KRANKENKASSE ALS STEUERN

Die hohen Krankenkassenprämien belasten unsere Haushaltsbudgets extrem, das wissen vor allem jene, die eine Familie mit Kindern durchbringen müssen. Bei einem mittleren Einkommen müssen Familien in den meisten Kantonen sogar mehr für die Krankenkasse aufwenden als für alle Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern zusammen. Das gilt zum Beispiel für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 125 000 Franken. Dies entspricht einem steuerbaren Einkommen von etwa 87 000 Franken. Das ist in der Schweiz ziemlich genau das mittlere Haushaltseinkommen einer Familie dieser Grösse. Im Schweizer Durchschnitt zahlt sie pro Jahr 11 200 Franken Krankenkasse und 10 900 Franken Steuern. Dies beinhaltet nur den obligatorischen Teil der Krankenkassenprämie, ohne Zusatzversicherung. Bei diesem Einkommen gibt es auch keinen Anspruch auf Prämienverbilligung.

Nur in einigen Kantonen mit relativ hohen Steuern wie im Kanton Bern oder im Jura sind die Steuern höher als die Krankenkassenprämie. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind nicht nur bei der Steuerbelastung, sondern auch bei den Krankenkassenprämien hoch. So bezahlt etwa in Basel-Stadt eine Familie 70 Prozent mehr Prämie als im Kanton Uri.

EXTREME UNGLEICHHEIT. Da oft Kantone mit einer relativ hohen Steuerbelastung auch hohe Krankenkassenprämien haben, ergibt dies enorme Unterschiede. Die Gesamtbelastung ist für die gleiche Familie in Neuenburg fast zweieinhalb Mal so gross wie in Zug. Oder in Bern rund 50 Prozent höher als im Kanton Schwyz. Der Grundsatz in Artikel 8 der Bundesverfassung – «alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich» – gilt offensichtlich weder für das Steuergesetz noch für das Krankenversicherungsgesetz. Der hohe Anteil der Krankenkassenprämien

Belastung durch Steuern und Krankenkasse pro Jahr
(in CHF, vierköpfige Familie, Bruttoeinkommen Fr. 125 000.–)



QUELLEN: BRS, EINKOMMEN- UND VERMÖGENSSTEUERN DER NATÜRLICHEN PERSONEN, 2018; BfG, PRÄMIENREGIONEN 2020.

en und die Unterschiede zwischen den Kantonen sind auch die Gründe dafür, dass unser Steuersystem nur eine geringe Umverteilungswirkung zwischen Arm und Reich hat. Es ist Zeit, dies zu ändern. Mit einer wirksamen Steuer-

harmonisierung oder der Krankenkasseninitiative der SP Diese will die Prämienbelastung auf 10 Prozent des steuerbaren Einkommens begrenzen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Damit hätte Lydia Veyard* zuletzt gerechnet:

Kaltherzig entlassen: im Mutterschaftsurlaub

Nach der Geburt ihres Kindes will Lydia Veyard (37) wieder Vollzeit arbeiten. Doch dann stellt der Chef sie auf die Strasse – und treibt die junge Familie fast in den Ruin.

PATRICIA D'INCAU

Als Lydia Veyard die Kündigung bekommt, ist sie mit ihrem kleinen Sohn auf einem Spaziergang. Es ist der letzte Tag ihres Mutterschaftsurlaubs. Ihr Chef erklärt ihr: Das Unternehmen sei in einer Schiefelage, er müsse sie entlassen. Ein riesiger Schock.

Heute sagt Veyard: «Ich war einfach fassungslos.» Vor der Geburt sei ihr zugesichert worden, dass sie Vollzeit zurückkommen könne. Stattdessen wird ihr gekündigt, ihre Mutterschaftsvertretung kann aber bleiben.

EXISTENZANGST

Noch am gleichen Tag fängt die junge Mutter an, Bewerbungen zu schreiben. Sie hat Angst. Denn sie ist Alleinverdienerin. «An meinem Einkommen hängt unsere ganze Existenz.»

Doch dann zeigt sich, dass Veyards Chef einen Fehler gemacht hat. Er hätte sie nicht entlassen dürfen. Für Mütter gilt nämlich ein absoluter Kündigungsschutz bis 16 Wochen nach der Geburt. Veyards Entlassung ist damit ungültig. Das verschafft ihr zwar etwas Zeit, ihre Notlage lässt den Chef aber weiter kalt: Zwei Wochen nach der ersten Kündigung schickt er die zweite. Dieses Mal ist sie gültig.

Als Veyard zurück in die Firma kommt, hat sie keinen eigenen Arbeitsplatz mehr. Ihr Pult ist bereits neu belegt. Und auch zu Sitzungen wird sie nicht mehr eingeladen. Als die Firma dann noch das Personal aufstockt, ist für Veyard klar: Ihr wurde nicht aus finanziellen Gründen gekündigt. Sondern weil

«Mütter brauchen einen besseren Kündigungsschutz.»

LYDIA VEYARD

berät, dass sie sich wehren kann. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz, das besagt, dass keiner Frau wegen Mutterschaft gekündigt werden dürfe. Heute sagt sie: «Ich wollte nicht, dass mein Chef damit einfach durchkommt.» Mehrmals sucht sie das Gespräch mit ihm, ohne Erfolg. Also erhebt Veyard Einsprache wegen diskriminierender Entlassung.

Dann ist die Kündigungsfrist vorbei. Die junge Mutter wird arbeitslos. Trotz vielen Bewerbungsgesprächen findet sie keine neue Stelle. Sie muss aufs RAV. Doch weil ihr Ex-Chef die Arbeitgeberbescheinigung wochenlang nicht schickt, zahlt die Arbeitslosenkasse vorerst nicht. Auch ihre Überstunden und restlichen Ferientage bekommt Veyard vom Ex-Chef nicht überwiesen. Die Familie steht vor dem Nichts. «Das war die schlimmste Zeit für mich», sagt Veyard heute. Nur dank ihren Eltern kommt sie durch den Monat.

SCHWEIGEN BRECHEN

Das letzte Mal sieht sie ihren Ex-Chef vor dem Schlichtungsrichter. Dort wirft er ihr plötzlich vor: Sie sei nicht teamfähig gewesen und verantwortungslos. Das hört Veyard zum ersten Mal. Auch in ihrem Arbeitszeugnis, das work vorliegt, steht genau das Gegenteil. Die Vorhaltungen machen ihr zu schaffen. Sie sagt: «Mein Selbstbewusstsein war am Boden.»



LYDIA VEYARD, MIT SOHN: «Wir müssen endlich sichtbar machen, wie viele Mütter ihren Job verlieren.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Schliesslich gibt es eine Einigung: Veyard bekommt drei Monatslöhne ausbezahlt, dazu Überstunden und Ferientage. Laut Gleichstellungsgesetz muss der Arbeitgeber bei einer diskriminierenden Kündigung bis zu sechs Monatslöhne zahlen. Doch: Kaum eine Frau hat bisher die volle Entschädigung gesprochen bekommen (siehe Box).

Veyard zieht die Klage nicht weiter. Sie sagt: «Ich hatte keine Energie und kein Geld für einen jahrelangen Rechtsstreit. Ich wollte nach vorne schauen und damit abschliessen.» Also unterschreibt Veyard eine Vereinbarung. Doch die Entschädigung erhält sie nur, wenn sie einer Schweigeklausel zustimmt. Wer ihr Arbeitgeber war, wird sie deshalb nie sagen können. Trotzdem macht sie ihre Geschichte jetzt öffentlich. Für Veyard ist klar: «Wir müssen endlich sichtbar machen, wie vielen Müttern das passiert und welche Konsequenzen das für sie hat.» Und sie fordert: Der Kündigungsschutz für Mütter müsse ausgebaut werden. Denn: «Als Mutter eines kleinen Kindes ist es sehr schwierig, etwas Neues zu finden. Vor allem, wenn du nicht schon in deinem vertrauten Arbeitsumfeld wieder hast Fuss fassen können.» Sie selbst spürt das bis heute. Aktuell arbeitet sie in drei Jobs, «zu 120 Prozent», sagt Veyard. Und der Lohn? «Es reicht gerade so.»

Mutterschaft: 70 Prozent der Frauen fürchten um ihren Job

Mitte Oktober berichtete die ehemalige Pflegeassistentin Sarah Peter (32) work, wie sie ihre Stelle verloren hat, weil sie Mutter wurde (rebrand.ly/kuendungsschutz). Jetzt macht auch Lydia Veyard (37) ihre Geschichte öffentlich. Die beiden Frauen sind keine Einzelfälle: Laut einer Untersuchung des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) erhalten in der Schweiz jedes Jahr rund 2500 Frauen wegen Mutterschaft die Kündigung. Trotz Verbot.

KAUM STRAFEN. Doch die Hürden für eine Klage sind für viele Frauen zu hoch. Und die Sanktionen für fehlbare Arbeitgeber sind gering: Nur 3,5 Monatslöhne müssen sie im Durchschnitt als Entschädigung zahlen. Und: Nicht selten scheitern Klagen sogar, weil die Gerichte das Gleichstellungsgesetz zu wenig kennen (work berichtete: rebrand.ly/gesetzliche-huerden).

GROSSE SORGE. Kein Wunder also, machen sich viele Frauen Sorgen. Eine jüngst erschienene Erhebung des Bundesamts für Statistik (BFS) zeigt: 70 Prozent der 25- bis 39jährigen Frauen befürchten, dass eine Mutterschaft ihnen beruflich schaden werde. Am Frauentstreik am 14. Juni forderten deshalb Hunderttausende: einen längeren Kündigungsschutz und eine angemessene Elternzeit. (pdi)



la suisse existe
Jean Ziegler

ÜBERNIMMT NESTLÉ JETZT DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK?

Der langjährige Nestlé-Präsident Peter Brabeck ist ein kluger und zudem recht sympathischer Mensch. Aber er bleibt ein beinhardter Kapitalist. Seit Jahren führen er und sein Konzern einen millionenschweren Kreuzzug für die Privatisierung des Trinkwassers. Brabecks Argument: «Trinkwasser wird immer knapper. Deshalb muss sein Verbrauch eingeschränkt werden. Das kann nur gelingen, wenn das Trinkwasser einen Preis erhält. Wer Trinkwasser täglich kaufen muss, wird automatisch auf den Verbrauch achten.»

MÖRDERISCHE WASSERPRIVATISIERUNG. In einem Punkt hat Brabeck recht: Trinkwasser ist ein immer wertvoller werdendes Gut. Jeder dritte Mensch auf Erden ist schon heute gezwungen, verschmutztes Wasser zu trinken. Mit schlimmen Folgen: Mehr als 9000 Kinder unter zehn Jahren sterben pro Tag an unsauberem Trinkwasser und

den dadurch verursachten Krankheiten. In verdrecktem Wasser verbreiten sich auch die Erreger der Cholera, die jetzt gerade in Jemen, im

COLUCHE

Südsudan und in Somalia wüteten. Der Uno-Menschenrechtsrat sagt, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein universelles, nicht verhandelbares Menschenrecht sei. Seinen Gebrauch von der Kaufkraft abhängig zu machen ist eine mörderische Strategie.

Der Kampf zwischen den Wasserkonzernen und den Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten ist hart. Denn immer wieder verkaufen hochverschuldete Städte und Dörfer in Entwicklungsländern ihre Brunnen und Reservoirs, ihre verrosteten Wasserleitungen und Kläranlagen beispielsweise an Nestlé, Bechtel oder Indosuez. Diese reparieren oberflächlich die Infrastruktur und verkaufen das Wasser an die Besitzenden. Die Armen trinken aus den Pfützen.

Bundesrat Ignazio Cassis hat im vergangenen Oktober Christian Frutiger zum neuen Vizedirektor der Deza (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) ernannt. Frutiger war zwölf Jahre lang Cheflobbyist von Nestlé und dabei vehementer Verfechter einer Wasserprivatisierung.

VERLOGENER CASSIS. Der Vorgang erinnert mich an eine Aussage des französischen Humoristen Coluche: «Wird ein Metzgermeister Präsident des Vereins der Vegetarier, stelle ich mir Fragen.» Umwelt- und Entwicklungsorganisationen der Schweiz haben eine Petition verfasst, die bereits 45000 Unterschriften trägt. Sie fordert die sofortige Absetzung Frutigers.

Die Antwort des Ausussenministers: «Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ist ein strategisches Ziel.» Und weiter: «Beim Bewerbungsgespräch wurden allfällige Interessenkonflikte von Frutiger analysiert. Es wurden keine festgestellt.» Verlogener geht es nicht mehr. Mit seinem von Frutiger beförderten Geschäftsmodell hat Nestlé nach Berechnung der Petitionäre seit Anfang dieses Jahres 5,6 Milliarden Franken verdient. Das Gebot der Vernunft für die fortschrittlichen Kräfte im Parlament und im Volk: Jagt Frutiger weg! Zwingt den Arzt Cassis, den Zugang zu sauberem Trinkwasser als universelles, auch von der Schweiz zu verteidigendes Menschenrecht anzuerkennen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erscheinendes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin.»

*Name geändert

MOVENDO

Planen Sie jetzt Ihre Weiterbildung 2020

Nützliches Wissen, attraktive

Dem Chef in arbeitsrechtlichen Belangen auf die Finger klopfen, als Frau erfolgreich auftreten, mit Outlook planen und organisieren: Das Kursprogramm 2020 von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, enthält neben Klassikern auch spannende Neuheiten.

MARTIN JAKOB

Movendo bewegt. Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften vermeldet auch für 2019 eine Zunahme der gebuchten Kurstage. Ein erfreulicher Start für Institutsleiter Michael Herzka, der dieses Jahr die Nachfolge von Christine Goll angetreten hat. «Natürlich erlebe ich mit Freude, dass Movendo gut unterwegs ist», sagt er, «aber das Kursprogramm dieses Jahres war ja bei meinem Eintritt bereits geplant. Das Verdienst liegt also bei meiner Vorgängerin und dem Team, das die Kurse 2019 erfolgreich durchgeführt hat.»



Michael Herzka.

Der neue Movendo-Chef Michael Herzka hat Sozialwissenschaften studiert, war danach lange für verschiedene Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und unterrichtete bis Ende 2018 an den Fachhochschulen Zürich (ZHAW) und Bern. Zu Movendo hat er gewechselt, weil es ihn nach Jahren des Dozierens lockte, wieder eine Aufgabe gemeinsam mit anderen im Team wahrzunehmen: «Als Lehrperson läuft man schon Gefahr, zu vereinzeln.» Zudem hält er die Institution Movendo für ein nach wie vor

«Movendo bietet Werte, die unsere Mitglieder anderswo nicht finden.»

MOVENDO-CHEF MICHAEL HERZKA

wichtiges Element in der Gewerkschaftsbewegung. «Die Arbeiterinnen- und Arbeiterbildung hat eine lange Tradition. Heute ist der Zugang zu Aus- und Weiterbildung zwar für alle leichter geworden. Aber eine Weiterbildung bei Movendo bietet Werte, die unsere Mitglieder anderswo nicht finden: Sie lernen in der Gemeinschaft mit Menschen, die in einer ähnlichen Lebenswelt unterwegs sind, und sie lernen von Fachleuten, die ihre

Interessen verstehen und ihnen helfen, diese im Alltag durchzusetzen. Da bietet auch unser Programm 2020 wieder eine ganze Menge!»

RECHNEN UND RECHT

In der Tat: Auch 2020 enthält die Movendo-Kursliste einen reichhaltigen Mix aus Klassikern und Neuem. Emiliana Della Torre, Ausbildungsleiterin für die Mitgliederkurse, kennt die Selbstläufer im Jahresprogramm. «Was wir zum Beispiel unter dem Titel Arbeitsinstrumente anbieten, kommt immer gut an.» Neben Grundkursen für Windows 10 und MS Office 2016 sind das zum Beispiel Aufbaukurse in Word, Excel und Powerpoint. Neu im Programm ist der **Outlook-Kurs**. Denn Outlook kann – wenn man weiss, wie – viel mehr als E-Mails schreiben; es ist auch ein effizientes Planungs- und Organisationsinstrument (Tageskurse: 23. April und 13. November 2020, Olten).



Emiliana Della Torre.

Regelmässig gut besucht sind auch die Kurse zu Arbeit und Recht. Neu ist auf diesem Gebiet das **Aufbauseminar Arbeitsrecht: Was der Arbeitgeber darf und was nicht** (25. März, Luzern). In diesem Tageskurs stehen Änderungskündigungen, missbräuchliche Kündigungen, Mobbing und Stresshaftung im Mittelpunkt.

FRAUEN STÄRKEN

Bei den ebenso beliebten Kursen zu Kommunikation und Verhalten hat sich das Frauenseminar **Selbstschutz und Intervention im öffentlichen Raum**, das 2019 erstmals stattgefunden hat, auf Anhieb etabliert und wird wohl auch 2020 bald ausgebucht sein (15./16. September, Männedorf). Zwei weitere Kurse im Movendo-Programm sind Frauen vorbehalten: **Die eigenen Stärken kennen – erfolgreiches Auftreten**

als Frau (7./8. Mai, Bern, und 17./18. August, Zürich) sowie **Rentenplanung für Migrantinnen** (28. März, Biel, in Albanisch, und 12. September, Freiburg, in Serbisch/Kroatisch). Für Männer offen, aber hauptsächlich von Frauen nachgefragt ist der Zweitägskurs **Körpersprache lesen** mit der Schauspielerin und Erwachsenenbildnerin Mireille Eva Gugolz – mit mittlerweile acht Durchführungsdaten übrigens einer der Renner auf der Kursliste (Februar bis Dezember, verschiedene Orte).

ÄLTER WERDEN

Rückt das 50. Altersjahr näher, ist es bereits vorbei oder kommt sogar schon das Rentenalter in Sicht, stellen sich neue Fragen: Wie gestalte ich mein Arbeitsleben im fortgeschrittenen Alter? Welches Einkommen werde ich im Alter haben? Wie bereite ich mich auf die Pensionierung vor? Jedem dieser Themen widmet Movendo einen Kurs (verschiedene Daten und Orte). Premiere hat dieses Jahr der Kurs **Auf Stellensuche mit 50+** (5./6. März, Olten). «Da kombinieren wir praktische Lebenshilfe mit politischem Hintergrund», sagt Ausbildungsleiterin Emiliana Della Torre. «Coach Rolf Summermatter optimiert mit den Teilnehmenden das Bewerbungsdossier und bereitet auf die Vorstellungsgespräche vor. Und SGB-Chefökonom Daniel Lampart schlägt den Bogen zum aktuellen Arbeitsmarkt und zu gewerkschaftlichen Positionen.»

DEN HORIZONT ERWEITERN

Lernen fürs Berufsleben ist das eine – Lernen fürs Leben das an-



WORKTIPP

BUCHEN SIE WISSEN!

Für Mitglieder übernimmt die Unia die Kosten von mindestens einer Weiterbildung pro Jahr. Nach Ihrer Kursanmeldung – mit Talon aus dem gedruckten Programm, telefonisch oder online über movendo.ch – klärt Movendo für Sie die Kostenübernahme der Gewerkschaft ab. www.movendo.ch, Telefon 031 370 00 70

Pflege I: Geteilter Tagesdienst, verteilt auf 16 Stunden, geht das?

Ich bin als Fachangestellte Gesundheit in einem privaten Pflegeheim angestellt und arbeite dort regelmässig mehrere Tage hintereinander im geteilten Tagesdienst. Dies bedeutet, dass ich morgens von 7 bis 9 Uhr und dann wieder von 17 bis 23 Uhr arbeite. Ist dies so zulässig?

IGOR ZORIC: Nein. In Ihrem Fall ist dies nicht zulässig. Das Arbeitsgesetz setzt einen Rahmen von maximal 14 Stunden, in der die Tages- und Abendarbeit inklusive Pausen und Überzeit zwingend liegen muss. In Ihrem Fall liegt der Zeitraum zwischen 7 und 23 Uhr mit insgesamt 16 Stunden weit über den maximal zulässigen 14 Stunden. Das Pflegeheim muss die Einsatzpläne so gestalten, dass Sie im Regelfall Ihre Arbeitszeit innerhalb von 14 Stunden leisten können. Dies auch dann, wenn Sie die Arbeit mal nicht pünktlich beenden können. Nur in notfallbedingten Ausnahmefällen darf dieser Zeitraum vorübergehend überschritten werden. Ihre Arbeitszeiten verstossen zusätzlich gegen die tägliche Ruhezeit, wenn Sie mehr als zwei derartige Dienste hintereinander leisten müssen. Es ist zwar erlaubt, einmal pro Woche die tägliche Ruhezeit von 11 auf 8 Stunden herabzusetzen, jedoch nicht mehrmals. Und dies auch nur, wenn die Ruhezeit im Durchschnitt über zwei Wochen 11 Stunden beträgt.

Pflege II: Nach dem nächtlichen Bereitschaftsdienst direkt weiterarbeiten?

Ich arbeite als Pflegefachperson in einem privaten Alters- und Pflegeheim. Wenn wir neben unserer regulären Arbeit in der Nacht Pikettdienst leisten, hatten wir bisher am nächsten Tag frei. Wir sind verpflichtet, während des Pikettdienstes im Pflegeheim zu bleiben, da wir häufig nachts intervenieren müssen. Nun arbeiten wir jedoch neuerdings von 13 bis 23 Uhr, haben dann Pikettdienst bis 7 Uhr morgens und müssen direkt im Anschluss daran noch bis 13 Uhr weiterarbeiten. Ist dies erlaubt?

IGOR ZORIC: Nein. Sie können zwar grundsätzlich neben der normalen Arbeit zu Pikettdienst im Betrieb, dem sogenannten Bereitschaftsdienst, herangezogen werden. Und zwar dann,



NACHTSCHICHT: Pikettdienst im Betrieb gilt in der vollen Länge als Arbeitszeit.

wenn Sie sich für allfällige Arbeitseinsätze, für die Behebung von Störungen oder Hilfeleistung in Notsituationen bereithalten müssen. Nur ist es dann so, dass der Pikettdienst in seiner vollen Länge als Arbeitszeit angerechnet werden muss. Dies gilt auch dann, wenn Sie während des Pikettdienstes keinen Einsatz hatten. Nach diesem Bereitschaftsdienst haben Sie Anrecht auf 11 Stunden Ruhezeit, bevor Sie wieder arbeiten müssen.

Karies- und Dickmacher Zucker Die bittere Wahrheit über das süsse

Damit unser Körper funktioniert und wir gesund bleiben, braucht's den süssen Roh- oder Rübenzucker gar nicht. Traurig, aber wahr.

MARTIN JAKOB

Kennen Sie die Erklärung von Mailand? Nicht? Dieser hochtrabende Begriff steht für eine Vereinbarung zwischen grossen Schweizer Lebensmittelproduzenten und -händlern und dem Bund: Darin verpflichten sich die Firmen, den Zuckergehalt in Joghurts und Frühstückscerealien zu reduzieren. Die Vereinbarung wurde 2015 erstmals unterzeichnet und kürzlich mit viel Tamtam*



FOTO: 123RF

bis 2024 erneuert. Ergebnis bis anhin: Im aromatisierten Schweizer Joghurt hat die Zuckerbeigabe pro 100 Gramm Joghurt um 0,4 Gramm abgenommen, im industriellen Trockenmüesli um 2,7 Gramm. Zum Vergleich: ein Schweizer Würfelzucker wiegt 4 Gramm.

Warum so viel Lärm um so wenig? Weil wir definitiv zu viel

Am Frühstückstisch ticken sie oft und gern, die Zuckerbomben.

Zucker essen. Sagt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sagen alle, die unser Essverhalten und seine Auswirkungen auf die Gesundheit erforschen. Karies, Über-



JOGHURT: Immer noch rund 10 Prozent Zucker.

FOTO: ISTOCK

Die WHO empfiehlt, dass der Zuckerkonsum bei höchstens 10 Prozent der Energiezufuhr liegen sollte. Für die Schweiz ergibt sich daraus eine Tagesdosis von 50 Gramm. Tatsächlich konsumiert werden aber rund 110 Gramm, hat der Bund errechnet – mehr als das Doppelte. Das Gemeine an dieser Rechnung: Aus einer ausgewogenen, abwechslungsreichen Ernährung holt sich unser Körper bereits genug Energie, indem er die in den Kohlehydraten enthaltenen Zuckerketten zerlegt und verwertbar macht. Die empfohlene Tagesration von 50 Gramm Zucker holt sich Ihr Körper also aus Ihrem Znüniapfel,



KETCHUP: Enthält enorm viel Zucker.

FOTO: SHUTTERSTOCK

* Tamtam ist eine afrikanische Trommel. Tam Tam ist auch eine Puddingmarke der Migros. Ein Becher Tam Tam Flan mit Vanille enthält auf 125 g Füllgewicht 20 Gramm Zucker.

Themen



FOTO: GETTY

GEWERKSCHAFTSARBEIT

AKTIV UND VERNETZT

Mit den Kursen für Vertrauensleute, Personalvertretungen, Stiftungsräte und Vorsorgekommissionen vermittelt Movendo den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern das Rüstzeug für ihre Aufgabe. Zum einen geschieht dies in Basis- und Aufbaukursen, vor allem für Personalvertretungen und Stiftungsratsmitglieder. Zum andern greift Ausbildungsleiter Maurizio Maggetti-Waser regelmässig neue Themen auf. Für 2020 hat er den Kurs **Der Europäische Betriebsrat (EBR) – eine Chance für Arbeitnehmende multinationaler Betriebe** ins Programm für Personalvertretungen aufgenommen. «Viele Firmen sind heute Teil internationaler Konzerne», sagt Maggetti-Waser. «Im EBR können die Personalvertretungen dieser Länder ihre Interessen gemeinschaftlich vertreten. Mit Rolf Beyeler, Koordinator Europäische Betriebsräte bei Unia, haben wir für diesen Kurs den idealen Referenten gefunden.» Der eintägige Kurs findet am 1. Dezember 2020 in Olten statt.

ERFAHRUNGSUSTAUSCH. Für Maggetti-Waser haben die Kurse für Aktive über die Vermittlung von Know-how hinaus eine zweite, wichtige Funktion: die Vernetzung unter engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über den einzelnen Betrieb und die Branche hinaus. «Vermeint möchte ich in Kursen auch Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretärinnen zusammenbringen, damit sie zusammen an Lösungen arbeiten können», sagt er. Und verweist auf den neuen, zweitägigen Kurs **Erfolgreich verhandeln – ERFA** (24./25. September in Sigriswil). Dieser ist der Zusammenarbeit unter Gewerkschaftsaktivisten gewidmet, die bereits bei Kollektivverhandlungen mitgewirkt haben. (jk)

den wir neu am Abend durchführen (4./11. November, Olten).

Ausserdem greifen wir zwei Debatten auf, die 2019 so richtig Fahrt aufgenommen haben: **Arbeit, Löhne, Renten: Gleichstellung jetzt!** befasst sich im Nachgang zum Frauenstreik mit der Einkommensungleichheit (6. November, Bern). Und **Grenzen des Wachstums: Wie weiter** knüpft an die Klimabewegung an und verbindet sie mit politischen und wirtschaftlichen Hintergründen (30. April, Lenzburg).»

Bei Movendo lernt man eben nicht nur, die Office-Software Word zu gebrauchen, sondern auch die World besser zu verstehen.

dere. Emiliania Della Torre sind jene Kurse ein besonderes Anliegen, die den Blick der Teilnehmenden für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schärfen und ihnen quasi die Munition liefern, in den politischen Debatten aktiv mitzuwirken.

«Ein guter Einstieg dafür ist **Die Schweiz kurz erklärt**, ein Kurs,

Essen

dem Brötli, den Vollkornspaghetti und dem Kartoffelsalat. Alle lieben zwar den süssen Zucker – aber kein Mensch braucht ihn wirklich.

Darum müssen Sie jetzt stark sein: Allein mit einem Joghurt, das dank der Erklärung von Mailand 0,4 Gramm weniger Zucker auf 100 Gramm enthält, werden Sie Ihren Zuckerkonsum nicht nachhaltig reduzieren. Mehr bringt es, wenn Sie um einige Zuckerbomben einen grossen Bogen machen.

● **Beim Frühstück.** Das sind die Zuckerknaller: Nutella (56,3% Zucker), Konfitüre (47%), Fertig-



COCA-COLA: Ein Halbliter enthält eine Tagesration Zucker.

FOTO: ISTOCK

müesli (um die 15%), Milchreis und Joghurt (9 bis 12%).

● **Bei den Hauptmahlzeiten.** Fertigprodukte möglichst meiden – in der Industrieware hat's häufig viel Zucker. Zum Beispiel in Ketchup (19%), Salatsaucen (bis 4%) oder Fertigpizza (1 bis 2%). Das läppert sich!

● **Bei den Getränken.** Süssgetränke wie Coca-Cola enthalten um die 10 Prozent Zucker, reine Fruchtsäfte sind ähnlich stark (frucht-)zuckerhaltig. Wer seinen Süssgetränkekonsum einschränkt

oder ganz einstellt, bringt seinen Zuckerhaushalt am schnellsten ins Lot.

● **Bei den Süssigkeiten.** Hier geht es um den Süssgenuss pur, der buchstäblich dick aufträgt. Aber bevor Sie unnötig verbit-



FOTO: ISTOCK

Wenn schon Süsses, dann mit Mass – und mit Genuss.

tern vor lauter Selbstbeschränkung: Hie und da mal ein Täfelchen Schoggi darf doch sein – auch wenn zum Beispiel die klassische Schweizer Milchschokolade fast zur Hälfte aus purem Zucker besteht!

ZUCKERARTEN

ACHTUNG, EINE -OSE!

Auch wenn auf Inhaltsdeklarationen das Wort Zucker nicht steht, kann ein Lebensmittel Zucker enthalten. Achtung bei allen Stoffen, die auf -ose enden: Dextrose, Maltose, Fructose, Glucose und Lactose sind ebenfalls Zuckerarten, genau wie die verschiedenen Sirupe. Oder das in der Fertigprodukteindustrie als Füllstoff und Verdickungsmittel beliebte Maltodextrin. Und leider ist auch der allseits geschätzte Honig chemisch gesehen nur ein Zuckersirup aus wenig Wasser und ganz viel (bis zu 85%) Zucker. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



MIT FREUNDLICHEN GRÜSSEN: Textbausteine für häufig verwendete Wendungen. FOTO: SHUTTERSTOCK

So sparen Sie Zeit beim Schreiben

Wenn Sie beim Schreiben am Computer häufig wiederkehrende Formulierungen verwenden, sparen Sie mit Textbausteinen Zeit. Sie geben nur noch «mfg» ein, und schon schreibt der Computer selbständig «Mit freundlichen Grüssen». Auch ganze Sätze oder Abschnitte können Sie so schnell

Ein paar Buchstaben tippen – und der Computer schreibt den gewünschten Satz.

in einen Text einsetzen. Bei Office-Programmen klappt das so: Markieren Sie den

gewünschten Text im Word. Bei Windows 10 wählen Sie dann auf der Registerkarte «Einfügen» unter «Text» die «Schnellbausteine». Dort klicken sie auf «Auswahl im Schnellbaustein-Katalog speichern». Im neuen Fenster wählen Sie unter «Katalog» «AutoText».

Als Mac-Nutzerin gehen Sie unter «Einfügen» auf «Autotext», dort nochmals auf «Autotext». Im folgenden Fenster klicken Sie auf «Hinzufügen».

Wenn Sie jetzt in einem Dokument den gewünschten Satz anfangen zu schreiben, erscheint automatisch ein Fenster mit dem vollständigen Satz oder Abschnitt. Per Entertaste können Sie dann den Baustein einfügen.

EIN KLICK, EIN KÜRZEL. Und so geht's bei Apple-Programmen wie Mail oder Safari: In den Mac-Systemeinstellungen gehen Sie auf «Tastatur», dann auf «Text». Mit Klick auf das Plus-Zeichen können Sie in der Tabelle rechts Textbausteine und links das Kürzel eingeben. Danach genügen das Kürzel sowie ein Leerschlag, damit die gewünschte Formulierung eingesetzt wird. MARC MAIR-NOACK

Zeit für eine Grippeimpfung Vorbeugen ist besser als fiebern

Winterzeit – Grippezeit. Die Impfung schützt nicht hundertprozentig. Wann sie trotzdem sinnvoll ist.

Hatschi – jawohl, jetzt pfnüseln und schnudern sie wieder rundum. Und Sie mittendrin. Hilfe, steck mich nicht an!

Rührt der Pfnüsel von einer Erkältung, gibt's keinen Impfstoff, der die Ansteckung verhindert. Zur Vorbeugung helfen nur Vorsicht, besonders sorgfältige Hygiene und frische, nicht zu trockene Luft. Sind Husten und Schnupfen aber Symptome einer Grippe, die eine schwerere Erkrankung mit höheren Komplikationsrisiken darstellt als die Erkältung, bietet eine Grippeimpfung (Kosten: 30 bis 40 Franken) Schutz vor

Ansteckung – wenn auch nur zu etwa 60 Prozent.

IMPFCHECK. Dennoch kann es gute Gründe geben, sich impfen zu lassen: Zum einen sinkt damit auch das Risiko, andere anzustecken. Und erkrankt man trotz Impfung doch selber an der Grippe, sind die Symptome meist weniger ausgeprägt. Womit auch das Risiko sinkt, durch Komplikationen zusätzliche Probleme zu bekommen.

Nicht für alle Risikogruppen empfiehlt das Bundesamt für Gesundheit eine Grippeimpfung mit gleicher Dringlichkeit. Zu welcher Gruppe zählen Sie? Mit einem kurzen Grippeimpfcheck finden Sie es heraus. Starten Sie ihn hier: www.impfengegen-grippe.ch. (jk)

WORKLESERFOTO



Spiel mit dem Raum

WANN Oktober 2019
WO Ausstellung: Resonating Spaces in der Fondation Beyeler
WAS Installation der Künstlerin Leonor Antunes aus Lissabon
Eingesandt von Robert Strittmatter, Riehen BS

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORK 17 / 18.10.2019: RYTZ UND LEVRAT IM KLIMA-SCHWITZKASTEN

Batterie-Falle

Ganz interessantes und aufschlussreiches Interview, das aufzeigte, wie verschieden diese zwei Parteien agieren. Was mich stört, ist die uneingeschränkte Förderung der E-Mobilität. Zur Produktion der Batterien und Gewinnung der benötigten Rohstoffe werden ganze Länder in Südamerika und Afrika zerstört. Unter dem Motto: Was kümmert mich, was im fernen Ausland passiert, Hauptsache, wir in der Schweiz haben ein grünes, ruhiges Gewissen und fahren elektrische Plasticbüchsen. Leider werden die Autoproduzenten nicht in die Pflicht genommen, dass sie eine ökologische Gewinnung der Rohstoffe nachweisen müssen. Inklusive der Entsorgung der noch zu erwartenden Tonnen an Batterien. Wenn nicht jetzt gehandelt wird, so fallen wir vom Regen in die Traufe.

FABIO TANGUENZA, PER MAIL

WORK 17 / 18.10.2019: «ICH WEISS BIS HEUTE NICHT, WARUM ICH GEHEN MUSSTE.»

Schockierend

Ich bin sehr geschockt von der Vorgehensweise des Inselspitals. Dachte immer, dass so was nur in Deutschland passiere. Es zählt nur noch das Geld. Wir brauchen dringend Pflegekräfte. Aber es ist ja bequemer, welche aus dem Ausland zu holen. Ich finde das himmeltraurig. Habe gedacht, die Schweiz sei uns ein Vorbild. Leider musste ich mich vom Gegenteil überzeugen lassen. Schade, dass auch hier die Empathie den Bach runtergeht.

A. ZACHARIAS, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORKPOST



WORK 18 / 1.11.2019: DAS NEUE PARLAMENT WIRD GRÜNER, WEIBLICHER – UND LINKER

Sofa-Verhalten

Ich halte von den sogenannten Liberalen – ob sie nun grün oder blau gefärbt sind – gar nichts. Liberal – also «freiheitlich» – nennen sich diese Kreise! Tiana Moser, Thomas Aeschi, Thomas Weibel oder Magdalena Martullo – die werden sich die Freiheit nehmen, die Mindestfranchise bei der Krankenkasse zu erhöhen, sie sind gegen einen Mindestlohn und wollen die Renten kürzen, aber mit dem Rentenalter und den Arbeitszeiten hoch! Doch eine andere Feststellung darf man nicht ausser Acht lassen. Zum Beispiel das Thurgauer Kleinstädtchen Arbon: da war die Stimm- respektive Wahlabstinz fast 70 Prozent! Das ist mehr als nur eine Schande. Man hat fast vier Wochen Zeit, um zu wählen. Und der Urne ferngebliebene sind zur Hauptsache Lohnabhängige – wer denn sonst? Das «Sofa-Verhalten» wird sich früher oder später als Bumerang erweisen! Aber eben: «Lappi tue dAuge uf – oder sPortmonee.»

EDI LEU, KREUZLINGEN TG

Cassis ade

Ich wäre sofort einverstanden mit Regula Rytz als Bundesrätin. Dazu noch: Obwohl Doppelbürger (CH/I), war ich von Anfang an nicht begeistert von Ignazio Cassis. Es würde mich sehr stören, wenn hier in der Schweiz eine Politikkultur Platz gewinnen könnte wie in Italien. Ich bin ein privilegierter Europäer, der in zwei verschiedenen Ländern aktiv seine Stimme abgeben kann und immer abgibt, darum weiss ich, wie die Politik jeweils funktioniert. Die demokratische Kultur und das demokratische System unserer Schweiz sollte in Europa ein Vorzeigebispiel sein.

FACCHIN GIORDANO, WINTERTHUR

Lösungen, jetzt!

Ich freue mich über das zunehmende Interesse von Politik, Medien und Fachwelt am ökosozialen Umbau, vermisse aber weitgehend radikale offizielle und/oder parteipolitische Thesen dazu. Die SPS fordert in ihrem Parteiprogramm von 2010 zwar «die Überwindung des Kapitalismus». Dieses Postulat blieb in den vergangenen Wahlperioden Makulatur. Auch die angestrebte grundsätzliche Eigentums- und Bodenreform blieb ein leeres Versprechen. Für die Parteispitze hatte «das Dringende» immer Vorrang vor dem langfristig «Notwendigen». In der jüngeren Vergangenheit bekam nun der Klimawandel in den Medien und der Politik Priorität. Die Wahlen bestätigten diesen Trend und begünstigten nun alle, die sich als «grüne Vorkämpfer» gaben. Was tun? Diese Frage stellt sich auch, aber nicht primär, bei der kommenden Bundesratswahl. Entscheidend scheinen mir

wirkungsvolle Lösungen für die oben geschilderten Probleme. Dazu brauchen wir über den Zusammenschluss von Rot-Grün hinaus eine kritische und betroffene Mittelschicht. Bekämpfen wir offen die bürgerliche Hegemonie und Angstmasche mit ihrer «Klimahysterie», «Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten». Wir benötigen dazu überzeugende und radikale Initiativen, die von Gewerkschaften, Frauen- und Klimaorganisationen mitgetragen werden!

WERNER KALLENBERGER, PER MAIL

Banken-Spiel

Es wundert mich, wie der Rückschlag von 2 Prozent der SP bei den Nationalratswahlen schön geredet wird. Grün heisst nicht unbedingt links und sozial, also lässt sich sicher nicht generell sagen, dass der Nationalrat linker wird. Er wird weniger rechts und gegen die Mitte rutschen. Der Hauptgrund für den Aufstieg der Grünen sind die Auswirkungen des Klimawandels. Die Grünen müssen nun beweisen, dass sie gute und von der Mehrheit akzeptierbare Vorschläge bringen können. Nachdem die USA aus dem Klimaabkommen ausgetreten sind, wird die Argumentation nochmals schwieriger. Killerargument: Was bringt es, wenn die Schweiz als Zwerg viel unternimmt, die USA jedoch weiterhin die Umwelt versauen?

Und hier kommt das Buch «Weltmacht IWF, Chronik eines Raubzuges» ins Spiel. Die Finanzspekulanten, die mit Hilfe von Weltbank, IWF und Regierungen die Menschen ausplündern, haben an Klimamassnahmen kaum ein Interesse. Im Buch wird auch klar dargestellt, weshalb die Linke in Europa am Zurückgehen ist. An vielen Beispielen aus England,

Irland, Deutschland oder Griechenland wird gezeigt, dass Sozialdemokraten das Spiel der Banken und Finanzspekulanten mitgespielt haben, wenn es um die «Too big to fail»-Problematik ging. Es sind jedoch immer die einfachen Arbeitenden, welche die Zeche für das Finanzcasino zu begleichen haben. Die neoliberalen Spekulanten fahren weiterhin ihre Gewinne ein. Deshalb ist die Unia mit den Vorschlägen für Klimamassnahmen auf der richtigen Schiene.

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

WORK 18 / 1.11.2019: CHILES PRÄSIDENT BODIGT SEIN VOLK MIT SCHWEIZER HILFE

Münzen-Klo

Leider liefert die Schweiz unbeirrt Waffen und Waffenteile, die oft gar nicht als Waffen geführt werden, an alle, die den Preis zahlen. Die bekannten – und nicht so bekannten – Lieferfirmen verdienen sehr gut. Und wie Cäsar schon sagte: «Pecunia non olet» (Geld stinkt nicht) und schaffte damit das erste Münzen-Klo.

TERESE JOHO, VIA FACEBOOK VON GSOA

WORK 18 / 1.11.2019: SO LOBBYIEREN SÜDDEUTSCHE GEWERBLER GEGEN DEN SCHWEIZER LOHNSCHUTZ

Hokuspokus der Finanzämter

Ich habe als Schweizer Zimmereiunternehmung 2015/2016 grenznah gearbeitet. Der ganze Bürokratismus war sehr aufwendig. Doch was die Finanzämter an Hokuspokus bereithielten, sprengt jede Phantasie. Wehe man probiert, diese ELSTER (elektronische

Steuererfassung) selbst einzugeben. Da wurde mir als ausländischem Unternehmer auferlegt, spätestens vor Ende des nächsten Monats die Monatszahlen abzuliefern. Nach mehreren Nachtschichten und verblichenen Telefonrufen nach Konstanz kam dann schliesslich per automatisch generiertes Mail die Information, dass für die Januarabrechnung und folgende Monate das neu ausgearbeitete Programm erst ab Ende April verfügbar sei. Bingo! Lange nach Abschluss der Arbeiten erhielt ich von Konstanz dann noch eine Busse auferlegt, weil das Abschlussdatum der Arbeiten nicht richtig angekommen sein soll und ich so die Folgemonate nicht richtig deklariert hätte. Das war nicht mein Fehler, und ich sehe die Busse als nicht korrekt an.

URS RÖSLER, BASEL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKKORREKT

WORK 18 / 1.11.2019: DIAGNOSE KREBS: DIE RÜCKKEHR INS NORMALE LEBEN

Mehr Survivors

In den Artikel hat sich leider ein Fehler eingeschlichen: In der Schweiz leben aktuell 320'000 Cancer Survivors, und nicht 32'000, wie im work-Service fälschlicherweise steht.

Jasmin Gasser (32) ist in der Trotzphase: Sie will mehr Lohn und Anerkennung für Kita-Mitarbeitende

«Ich war schon als Knirps eine Rebellin»

Fachfrau Betreuung Jasmin Gasser bricht gerne mit Konventionen: Als sie die Leitung einer Kita übernahm, schmiss sie als erstes die Wochenpläne in den Ghüder. Und sang mitten im Sommer «Schneeflöckli».

SARAH FORRER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Sie ist jung, aufgestellt, trägt ein Micky-Maus-T-Shirt – und gehört doch zum alten Eisen. «In meinem Job bin ich mit 32 Jahren oft die Älteste in einer Gruppe», sagt Jasmin Gasser und trinkt einen Schluck Wasser. Die gebürtige Badenerin sitzt im Bastelraum der Kita Sputnik direkt oberhalb vom Bahnhof Zürich Stadelhofen. Es ist kurz nach Mittag. Die meisten Kinder schlafen. Zwei kleine Buben hören mit einer Betreuerin leise «Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer».

Zwölf Jahre ist es her, dass sich Jasmin Gasser zur Fachperson Betreuung hat ausbilden lassen. Eine Entscheidung, die sich von Kindsbeinen an abgezeichnet hat. «Bäuerin war wohl mein exotischster Berufswunsch», erinnert sie sich. Oder Lehrerin, Kindergärtnerin, Krankenschwester. Schliesslich wurde sie Fachfrau Betreuung. Eine Wahl, die passt. Bis heute: «Ich tauche sehr gerne in die Kinderwelt ein.»

ZWISCHEN KAHL UND CHAOS. Dabei geht es ihr nicht nur ums Eintauchen, sondern auch um neue Gewässer. Sie sucht nach ihrem eigenen Weg und bricht gerne mit alten Konventionen. «Der Morgenkreis ist so eine heilige Kuh in der Kita. Aber brauchen die Kinder das Ritual wirklich, oder halten wir Erwachsene daran fest?» In ihrer Arbeit gehe es oft darum, die eigenen Vorstellungen oder mehr noch: die Vorstellungen der Eltern und Grosseltern zu hinterfragen und diese nicht einfach so ungefiltert über die Kinder zu stülpen. Und hinterfragen, das macht die 32jährige gern.

Als sie vor sieben Jahren die Leitung einer Kita-Gruppe übernahm, schmiss sie als erstes die Wochenpläne in den Abfall. Danach folgte die fein säuberlich nach Jahreszeiten ausgerichtete Zimmerdekoration. Und am Schluss die nach Saison sortierten Liedertexte. Sie sang im Sommer «Schneeflöckli». Die Wände waren ein Mix «zwischen kahl und chaotisch». Bilder hingen kreuz und quer, drüber und drunter und manchmal gar nicht. Ein Nein hörten die Kinder selten. Die Grenze zog Jasmin Gasser dort, wo die Grenze des nächsten Kindes oder der Betreuerin anfang. Und darüber wurde oft diskutiert. «Die Freiheit gab jedem genügend Raum, um sich selbst zu entwickeln.»

Von der Freiheit: Davon hatte Jasmin Gasser in ihrer Kindheit nie genug. Aufgewachsen ist sie in einem gutschweizerischen Haushalt in Baden, Vater arbeitete, Mutter erledigte den Haushalt. Die meiste

Zeit spielte Jasmin Gasser mit ihrem grösseren Bruder draussen. Sie streunten durch das Quartier, durch den Wald, mal zu zweit, mal zu zehnt. Immer unterwegs. «Das sind schöne Erinnerungen», sagt Jasmin Gasser. Aber sie sind nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite glänzte etwas weniger. Zu Hause galten viele Regeln. Regeln, gegen die sich Jasmin Gasser schon früh auflehnte. «Ich war bereits als kleiner Knirps eine Rebellin.» Eine Eigenschaft, die sich im Laufe der Jahre verstärkte. Als Teenager scherte sie zuerst nach rechts, dann nach links aus. «Das Jugendparlament hat mich politisiert.»

ZWISCHEN JUNG UND ALT. Als sie vor rund zwei Jahren einen Flyer der «Trotzphase» in die Hände bekam, war für Jasmin Gasser klar: «Da will ich mitmachen.» Die «Trotzphase» ist eine Gruppe von Fachpersonen, die gegen die prekären Arbeitsbedingungen in Horten und Kitas kämpft. Denn Jasmin Gasser kennt den stressigen Kita-Alltag nur zu gut: zu wenige und schlecht ausgebildete Mitarbeitende, zu wenig Geld und zu wenig Anerkennung. «Nicht zuletzt wegen des Drucks habe ich vor fünf Jahren die Gruppenleitung abgegeben», erzählt sie. «Oft werden junge, motivierte Frauen verheizt und wechseln jung in einen anderen Beruf. Das ist so schade. Gelassene und erfahrene Betreuerinnen sind für Kinder Gold wert!» Mit der «Trotzphase» kämpft sie auf politischer Ebene für mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung. «Es ist dringend nötig, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern.»

Für sich selbst hat die Erzieherin eine Lösung gefunden. Sie arbeitet an zwei Tagen in der Woche als Springerin bei der



JASMIN GASSER RUHEN UND REISEN

Das mit der Work-Life-Balance ist bei Jasmin Gasser (*1987) so eine Sache: Danach sucht sie immer noch, wenn sie mal Zeit hat. Meistens hat sie keine. Die wenige Zeit, die bleibt, verbringt sie mit Leuten, die ihr am Herzen liegen – oder zieht sich in die eigenen vier Wände zurück. Hier ruht sie sich aus, geniesst die Stille, kraut ihre Katze Wookie oder plant die nächste Reise: «Das Reiseieber begleitet mich seit je.»

STREIK-TATTOO. Im Frühling war sie für knapp vier Monate in den USA, Mexiko, Südafrika und Namibia unterwegs. Deshalb hat sie den Frauenstreik Mitte Juni verpasst. «Das hat mich schon etwas gewurmt. Ich war in den Vorbereitungen stark involviert.» Als bleibende Erinnerung hat sie sich deshalb in Mexiko das Streiksymbol tätowieren lassen. Jasmin Gasser ist Mitglied bei der Gewerkschaft VPOD. Sie arbeitet 70 Prozent und verdient netto 3000 Franken im Monat. Daneben studiert sie Pflege an der Höheren Fachschule.

Stiftung Gemeinnützige Frauen Zürich (GFZ), die verschiedene Kitas in Zürich betreibt. Zudem hilft sie in der Kita Sputnik aus und coacht an eineinhalb Tagen die Woche Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. «Dadurch verdiene ich besser und habe mehr Abwechslung im Alltag», sagt sie. In diesem Sommer hat sie die Höhere Fachschule Pflege angefangen. Vielleicht möchte sie später einmal in der Betagtenpflege arbeiten. So gross empfindet sie den

Unterschied nicht: Bei Jung und Alt geht es darum, Nähe aufzubauen, eine Beziehung zu knüpfen. Und genau das macht Jasmin Gasser gerne, das liegt ihr. «Mit Menschen arbeiten. Das ist mein Ding.» Ob sie sich auch nach der Ausbildung noch für die «Trotzphase» einsetzen wird? «Natürlich!» kommt es wie aus der Pistole geschossen. «Unsere Forderungen betreffen ja nicht nur unsere Branche, sondern sind ein gesellschaftliches Anliegen.»



ZUM WOHLFÜHLEN: Nebst bunten Spielsachen brauchen Kinder eine gute Beziehung zu den Betreuerinnen und Betreuern.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.